

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 16. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1.80 Pf., jährlich 3.60 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgelappte Anstaltseite ober deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Woche über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Kaltes Blut!

Während die bürgerliche Presse die zwanzigjährige Wiederkehr des Tages feiert, an dem Wilhelm II. zur Regierung gelangt ist, wird eine neue Kaiserrede bekannt. Die „Dortmunder Zeitung“ veröffentlicht eine Aeußerung, die der Kaiser in dieser Woche nach der Besichtigung der Gardedivision auf dem Döberitzer Truppenübungsplatz laut und ansehend zur besonderen Beachtung für die fremden Militärattachés gemacht habe. Der Kaiser habe gesagt: „Nun, es sieht ja ganz so aus, als ob man uns einkreifen und stellen wollte. Das werden wir zu ertragen wissen. Der Germane hat nie besser gekämpft, als wenn er sich nach allen Seiten hin wehren mußte. Sie sollen uns nur kommen. Wir sind bereit!“

Diese Worte hat das Blatt von „hoher militärischer Seite“ erfahren und gibt sie nur „mit aller gebotenen Reserve“ wieder. Das „Berliner Tageblatt“ aber erzählt, daß zwar der Wortlaut der Ansprache, den die „Dortmunder Zeitung“ veröffentlicht hat, nicht authentisch ist, doch hat sich der Kaiser tatsächlich in ähnlichem Sinne geäußert!

Die ausländische Presse hat die Nachricht bereits übernommen und die Worte war „aus politischen Gründen“ verstimmt.

Und in der Tat, Grund zur Verstimmung ist vorhanden. Offenbar doch diese Rede neuerdings, daß auf dem Gebiete der auswärtigen Politik selbst jeder Schein des Konstitutionalismus geschwunden, daß hier der Absolutismus unumschränkt und unverantwortlich herrscht. Die Politik Deutschlands kann beeinflusst und in entscheidenden Momenten festgelegt werden, ohne daß die Vertretung des deutschen Volkes im Reichstage, ja ohne daß auch nur der verantwortliche Minister irgend etwas zu ändern vermag. Es ist charakteristisch, daß die Rede auf einem Truppenübungsplatz gehalten worden ist, ja nicht an dem geeigneten Orte, um Erklärungen über auswärtige Politik abzugeben. Und nicht weniger charakteristisch ist es, daß diese Rede nur durch die Indiskretion eines Zuhörers bekannt geworden ist. Denn von zwei Dingen eines: Entweder sind solche Aeußerungen für die Öffentlichkeit bestimmt, dann dürfen sie ihr auch nicht vorenthalten werden oder aber diese Aeußerungen sind nicht für die Öffentlichkeit geeignet, dann müssen sie völlig unterbleiben. Mit solchen „Privatäußerungen“ geht es nun einmal nicht anders wie mit „Privatbriefen“; sie werden bekannt und Neben um so eher als Privatbriefe, da der Kreis der Wissenden ein viel größerer ist. Es ist allerdings nicht unsere Sorge, sondern die der Monarchen, sich mit der Tatsache abzufinden, daß die Aeußerungen des Kaisers durch ihre Nichtveröffentlichung gleichsam einer nachträglichen Zensur unterworfen werden. In einem Lande, das ein wirkliches einflussreiches Parlament und eine verantwortliche Regierung besitzt, kommen solche Privatäußerungen überhaupt nicht vor und wir würden das auch für Deutschland dringend wünschen. Denn es ist nur ein schwacher Trost, daß solche Aeußerungen nicht offiziell veröffentlicht werden und daher offiziell nicht existieren. Denn das verhütet zwar, daß solche Reden eine unmittelbare Gefahr bilden können, aber sie verstärken den Einfluß der imperialistischen und chauvinistischen Agitation im Auslande und sind so Deutschland nicht nützlich.

Die Aeußerung des Kaisers zeugt von einer auffallenden Erregung über die jüngsten diplomatischen Ereignisse, die Zusammenkunft des englischen Königs mit dem französischen Präsidenten und dem Jaren. Sie steht in völligem Gegensatz zu den Aeußerungen des Kanzlerblattes. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schrieb gestern:

„Der am 9. Juni zu Reval stattgefundenen Begegnung zwischen dem König Eduard von England und dem Kaiser Nikolaus von Rußland hat die Aufmerksamkeit der inländischen und ausländischen Presse nach wie vor in erhöhtem Maße zugezogen. Die hierbei laut gewordenen Befürchtungen und Besorgnisse sind aber durch den tatsächlichen Verlauf der Entree in keiner Weise gerechtfertigt worden. Beide Monarchen haben der Begegnung ein Gepräge gegeben, aus dem auch für die weitere Öffentlichkeit erkennbar wurde, daß ihnen der Gedanke durchaus fernlag, durch die Begegnung in die Weltlage ein Element der Unruhe einzuführen. . . Die Kränzsprache waren beiderseits in einem Tone ruhiger Sachlichkeit und schlichter Aufrichtigkeit gehalten. Sie verrieten nichts von der den Monarchen in der Presse vielfach zugeschriebenen Reizung, ihrer Zusammenkunft eine gegen Deutschland gerichtete Spitze zu geben und bestätigten somit die Urteile, die auch in den belommenen und ernst zu nehmenden Presseorganen laut geworden waren. . .“

Nun ist es schon richtig, daß die „Norddeutsche Allgemeine“ offiziöse Schönfärberei treibt, wenn sie die letzten Ereignisse so gleichgültig behandelt. Nur hat sie dafür ihre guten Gründe: Es ist die deutsche Politik, der Schutz Zoll, die Kolonialpolitik, das Betrüsten und nicht zuletzt die Ungeschicklichkeit unserer auswärtigen Politik, welche die Westmächte in ein Einvernehmen untereinander und mit Rußland getrieben hat. Aber gerade diese Schwierigkeiten, die sich die deutsche Politik selbst geschaffen, machen eine besonders vorsichtige und zurückhaltende Politik zur gebieterischen Notwendigkeit und erlauben keinerlei Möglichkeiten und Impulsivitäten. Denn das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Für die Fehler der deutschen Politik ist die große Masse des

deutschen Volkes nicht verantwortlich und es hat nicht die geringste Lust, für Fehler zu büßen, die nicht begangen worden wären, wenn es den gebührenden Einfluß auf die auswärtige Politik hätte. Wenn die deutsche Diplomatie „eingekreist“ ist, dann möge sie aus dem Kreis heraus zu gelangen suchen; aber sie muß es bei diplomatischen Mitteln bewenden lassen. Ihr Werk wird jedoch erschwert durch Aeußerungen, die im Auslande als Provokationen aufgefaßt werden können. Wir wollen nicht fechten und wir brauchen es nicht. Wie die deutsche Arbeiterklasse den Frieden will, wie sie alle Abenteuer der Weltpolitik verabscheut, wie sie dem uferlosen Betrüsten ihre Forderung internationaler Verständigung entgegensetzt, so das französische, englische und russische Proletariat. In allen Ländern gehört die Masse des Volkes zur Friedenspartei, deren Kern überall die sozialistische Arbeiterpartei bildet. Wir deutschen Arbeiter aber sind nicht eingekreist, wir fühlen uns solidarisch verbunden mit den Arbeitern der anderen Nationen und diese mit uns.

Wir sind nicht eingekreist und wir wollen nicht fechten! Aber wir wollen mit allen Mitteln darauf achten, daß die Politik der herrschenden Klassen sowohl in Deutschland, als in England oder Frankreich nicht zu einer Katastrophe für den europäischen Frieden führe. Indem wir unseren Kampf um die Demokratie, um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen führen, kämpfen wir gegen jene Politik, die einzukreisen sucht oder sich einkreisen läßt und dann vor dem Gedanken nicht zurückfährt, den Kreis gewaltsam zu schließen oder zu brechen.

Wir wollen den Frieden und müssen protestieren gegen alle Aeußerungen, die nicht zur Erhaltung des Friedens beitragen.

## Wahlmanöver.

Eine schleife und unrichtige Darlegung in der Instruktion des Magistrats an die Wahlvorsteher scheint in freisinnigen Kreisen die Anregung zu dem Wunsche gegeben zu haben, sozialdemokratische Wahlmännerwahlen deshalb zu kassieren, weil nichtsozialdemokratische Wahlvorsteher auch Weisiger ernannt haben, die nicht im Urwahlbezirk wohnen. Eine solche Kassation verstieße gegen das Gesetz und müßte sonst selbstverständlich auch auf die Wahlmänner der anderen Parteien angewendet werden. In der Instruktion des Magistrats heißt es:

Die Weisiger und der Protokollführer müssen aus der Zahl der Urwähler ihres Urwahlbezirks entnommen werden, andernfalls sonst die Wahl für ungültig erklärt werden muß.

Diese Instruktion verstößt nach zwei Richtungen gegen das allein maßgebende Gesetz, nämlich gegen die Verordnung über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer vom 30. Mai 1849. In dieser Verordnung wird zwischen Wahlbezirken und Urwahlbezirken geschieden. Wahlbezirke sind die Landtagswahlbezirke, Urwahlbezirke die Urwahlbezirke innerhalb dieser Wahlbezirke. Demgemäß heißt es in § 1 der Verordnung: „Die Abgeordneten der Zweiten Kammer werden von Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Urwahlbezirken gewählt.“ Der § 20 der Verordnung, der über die Organisation des Wahlvorstandes in den Urwahlbezirken sich äußert, lautet:

§ 20. Der Wahlvorsteher ernimmt aus der Zahl der Urwähler des Wahlbezirks einen Protokollführer sowie drei bis sechs Weisiger, welche mit ihm den Wahlvorstand bilden, und verpflichtet sie mittels Handschlages an Eidesstatt.

Das Gesetz läßt also im Gegensatz zu der Instruktion des Magistrats zu, daß die Weisiger aus dem ganzen Wahlbezirk (Landtagswahlbezirk), nicht nur aus dem Urwahlbezirk gewählt werden. Es wäre ja auch unsinnig, zu bestimmen, die Weisiger müssen dem Urwahlbezirk angehören, während der Wahlvorsteher nicht im Urwahlbezirk zu wohnen braucht. Freilich läßt sich zugunsten der Auffassung des Magistrats einwenden, das Ministerium habe unter dem 29. November 1906 ein Reglement auf Grund des § 32 der Verordnung von 1849 erlassen und dies Reglement schreibe in § 12 vor: „Der Wahlvorsteher ernimmt aus der Zahl der Urwähler des Urwahlbezirks drei Weisiger.“ Indes dürfte diese Ministerialverfügung nur soweit gültig sein, als sie nach § 32 der Verordnung von 1849 „zur Ausführung dieser Verordnung“ erlassen ist. Zu einer Abänderung der Verordnung von 1849 war das Ministerium nicht befugt.

Aber gleichviel, ob die Weisiger aus den Wahlbezirken, wie es das Gesetz, oder nur aus den Urwahlbezirken zu ernennen sind — die Frage mag auf sich beruhen — die Magistratsinstruktion enthält aber noch einen zweiten Verstoß gegen das Gesetz. Und dieser hat auch nicht den Schein eines Rechts insofern von Ministerialverfügungen für sich. Denn ohne eine Spur eines gesetzlichen Untergrundes ist die auch durch ihr famoses Deutsch ausgezeichnete weitere Be-

hauptung der Instruktion, „andernfalls sonst die Wahl für ungültig erklärt werden muß“. Nicht der geringste Anhalt hierfür findet sich im Gesetz oder in den Ministerialanordnungen. Selbst wenn ein Weisiger zu Unrecht mitgelesen hat, bleibt die Wahl des Wahlmanns, der ja an der irrigen Auswahl durch den Wahlvorsteher unschuldig ist, durchaus gültig. So will es das Gesetz. Sonst hätte es das Gegenteil angeordnet. Auch wenn man der Ansicht ist, die Weisiger müßten aus der Zahl der Wahlmänner des Urwahlbezirks entnommen werden, so liegt in einem Verstoß hiergegen noch kein Grund zur Ungültigkeitserklärung der Wahlmänner. Es wäre das eine der vielen Unregelmäßigkeiten, wie sie bei jeder Wahl — Reichstags-, Landtags- und Gemeindevwahl — vorkommen. Solche wären zu protokollieren und die Entscheidung über den Einfluß der Unregelmäßigkeit auf die Wahl dem Abgeordnetenhaus zu überlassen, das durch die Verfassung zur Prüfung der Wahlen seiner Mitglieder berufen ist. Statt auf Ungültigkeitserklärung wäre also im Wahlvorstand dahin zu wirken, daß solche Unebenheiten zu den Wahlfakten genommen werden.

## Das Kompromiß der Flottentreiber.

Belamlich hat die Wlokipolitik ein Opfer gefordert: Die Demission des verantwortlichen Leiters des Flottentreibers, des Generals Reim. General Reim, der Führer der Flottentreiberei, glaube während des Wahlkampfes bei den letzten Reichstagswahlen ein übriges tun und durch die Flottentreiberei offizielles verbreitetes Flugblätter auch das Zentrum befehlen zu müssen. Diesem flotten- und kolonialbegeisterten Treiben des Reim und seiner Leute wurde ja dann auch kurz nach den Wahlen die „allerhöchste“ Anerkennung zuteil: Wilhelm II. selbst sprach dem Fürsten Salm, dem Intimen des Reim, seine allerhöchste Befriedigung über die Wahltagitation des Oberflottentreibers aus!

Das Zentrum freilich fühlte sich durch diese Wlokipolitik des Flottentreibers-Generalissimus schwer getränkt. Die Angriffe gegen das Zentrum hatten die langjährigen ultramontanen Bundesgenossen der konservativen Brotwucherer schwer getroffen. Und das Solidaritätsgefühl zwischen den ostelbischen Agrariern und den Zentrums agrariern erwies sich als stärker, als die neue Bundesbruderschaft zwischen der Verteilungsgruppe und den Leuten des Herrn Biemer. Als nun gar noch der bayerische Thronfolger sich gegen die Wlokielbedienste des Herrn Reim wendete, war der Streitfall zugunsten des Generals Reim entschieden. Reim mußte danken!

In Danzig nun fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Daß Reim auf der Strecke bleiben würde, war von vornherein klar. Aber ebenso klar wurde auf der Tagung der Danziger Delegiertenversammlung des Flottentreibers, daß die Richtung Reim den Sieg davongetragen hat. Aus allen Reden der Wählenden im Flottentreiberverein trat es hervor, daß der Flottentreiberverein sich nimmermehr auf die Propagierung des von der Regierung respektive dem Marineministerium vorgeschlagenen Flottentreibungen festlegen will. Der Flottentreiberverein erklärte vielmehr ausdrücklich, daß er unabhängig sein will von der Regierung und den aus Opportunismus von der Regierung vertretenen Forderungen. Er will auch ferner das Recht für sich in Anspruch nehmen, über alle Regierungswünsche hinaus für die uferlose Flottentreiberei Reklame zu machen und Sturm zu laufen!

Reim selbst wählte das taktisch kluge Manöver, auf eine Wiederwahl zu verzichten. Sein Komplize Fürst v. Salm dagegen wurde als Präsident wiedergewählt. Und auch im übrigen fiel die Wahl des Vorstandes ganz im Sinne der nationalliberalen und freikonservativen Flottentreiberei aus.

So ist der Doppelzweck erreicht: Der Reim des Zertwärtisses, der Verbreiter antiultramontaner Flugblätter, ist von der Wlokielbedienerei verbannt, aber die Repräsentanten des Systems Reim beherrschen nach wie vor den Flottentreiberverein! Auf der anderen Seite kann das Zentrum dem Flottentreiberverein ruhig angehören und die uferlose Flottentreiberei mitmachen, da ja der Helfershelfer der Wlokipolitik, der Zwietschke-Reim aus dem Präsidium persönlich ausgeschlossen ist!

Das in Danzig beschlossene Kompromiß der Flottentreiberei entspricht also durchaus der politischen Konstellation. Es beseitigt den persönlichen Stein des Anstoßes für das Zentrum, den General Reim, und gibt den süddeutschen resp. ultramontanen Flottentreibern die weitreichendste Gelegenheit, dem Wlokielbedienerei an Flottentreibereifreundschaft den Rang ablaufen zu können!

## Der Blockhader im 12. Berliner Landtagswahlkreise.

Im 12. Berliner Landtagswahlkreise sind die Abalitäten zwischen dem Freisinn auf der einen und Nationalliberalen und Konservativen auf der anderen Seite bis zur Stunde noch nicht ausgeglichen worden. Sowohl die Freisinnigen als auch das nationalliberal-konservative Kartell hoffen, dort mit der Sozialdemokratie in Stichwahl zu kommen und dadurch der Wahlhilfe der Wlokielbrüder teilhaftig zu werden.



Bezeichnend für die Waschlappigkeit des Freisinn ist es, daß der Freisinn vor einigen Tagen offizios aufgefördert hat, bei Wahlmänner-Stichwahlen für das nationalliberal-konservative Kartell zu stimmen, wodurch ein Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern sei. Der Freisinn arbeitete also „unentwegt“ für die Sache der nationalliberal-konservativen Wahlrechtsfeinde, trotzdem ihm, wie sich inzwischen herausgestellt hat, keineswegs eine Zusage gegeben worden war, daß die Kartellkandidaten bei der Abgeordnetenwahl für den freisinnigen Kandidaten eintreten würden!

Trotz der dem reaktionären Kartell vom Freisinn geleisteten reaktionären Liebesdienste wird aller Voraussicht nach das nationalliberal-konservative Kartell seine Wahlmännerstimmen auf den antisemitischen Kandidaten Ulrich vereinigen. Es ist also fraglich, ob Ulrich oder der freisinnige Kandidat in die Stichwahl kommen wird. Die „Vossische Ztg.“ tut freilich, als ob sie mit Bestimmtheit darauf rechnet, daß der freisinnige Kandidat in die Stichwahl gelangt. Sie tut weiter so, als ob sie gar nicht daran zweifelt, daß dann die Wahlmänner des Kartells für ihren Pastor Kunze stimmen würden. Denn, so schreibt sie, „es würde ein politischer Gewinn sein, einmal die Konservativen kennen zu lernen, die bei der Stichwahl zwischen dem freisinnigen evangelischen Pfarrer Dr. Kunze und dem Sozialdemokraten Jehn-Gebote-Hoffmann der Wahl fern blieben und dadurch diesem zum Siege verhelfen.“

Der Bloßfreisinn verläßt sich also auf das Band der reaktionären Solidarität, das die Bloßpolitik zwischen Freisinn und nicht nur den Nationalliberalen, sondern auch dem judenfreisinnigen Konservatismus gewoben hat. Aber gerade diese Zueversicht in die Festigkeit der reaktionären Vettgenossenschaft zwischen Freisinn und Reaktion hält die bloßfreisinnige Presse ab, eine Wahlparole auszugeben für den Fall, daß nun doch statt des Freisinnigen der Kartellkandidat Ulrich in Stichwahl mit der Sozialdemokratie gelangt! Offenbar liegt in dieser Versäumnis der Wunsch, daß dann der Freisinn für den Antisemiten Ulrich stimmen möge!

Immerhin finden sich zwei freisinnige Blätter, das „Berliner Tageblatt“ und die „Volkszeitung“, die diesen Fall in Betracht ziehen und demgemäß ihre Ratsschläge geben. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Für die freisinnigen Wahlmänner können sich Schwierigkeiten nur dann ergeben, wenn sie gleich beim ersten Wahlgange unterliegen sollten. Diese Eventualität läßt sich unseres Erachtens vermeiden, wenn jeder freisinnige Wahlmann sich des in ihm gesetzten Vertrauens würdig zeigt. Sollte sie trotzdem zur Wirklichkeit werden, dann hätten die freisinnigen Wahlmänner die Entscheidung zwischen dem reaktionären und dem sozialdemokratischen Kandidaten zu geben. In diesem Falle aber müßten sämtliche freisinnigen Wähler geschlossen für den Sozialdemokraten eintreten; er ist das kleinere Übel, weil er wenigstens in Sachen der Wahlreform tatstet ist. Um das Wahlrecht aber dreht sich dieser ganze Wahlkampf.“

Die „Volkszeitung“ läßt sich wie folgt vernehmen:

„Es fragt sich, wie der Freisinn, wenn er dieser letzten, für seinen Liberalismus schwersten Belastungsprobe unterworfen wird, die Probe bestehen wird. Gibt er auch diesmal den hypnotisierenden Einflüsterungen des Bloßpatronats nach, dann hat er sich um den letzten Rest des politischen Credits gebracht. Hundert, der antisemitische, konservativ-kandidat auf freisinnigen Wahlmännern in den Landtag gewählt in Berlin, dann ist die freisinnige Schmach aufs höchste gestiegen. Wir haben nicht mehr viel Vertrauen zu dem Bloßfreisinn nach alledem, was wir in dem letzten Jahre an ihm erlebt haben. Aber daß er sich so weit vergessen sollte, dem Bloßphantom zuliebe nun auch noch einen Berliner Wahlkreis den Konservativen und Antisemiten auszuliefern, das zu glauben, mögen wir uns trotz alledem und alledem nicht entschließen. Daher: Soll der „Tag von Noab“ nicht zu einem Tag unauflöslicher politischer Schmach für den deutschen Liberalismus werden, so müssen die freisinnigen Wahlmänner — nicht aus Liebe zur Sozialdemokratie, sondern im Interesse des Ansehens des Liberalismus — dafür sorgen, daß, wenn sie den Wahlkreis nicht für ihre Partei retten können, er den Sozialdemokraten, den entscheidendsten Freunden der Wahlrechtsreform, und nicht den Reaktionären, den entscheidendsten Gegnern der Reform, zufällt.“

Die Wahl im 12. Berliner Landtagswahlkreis verspricht danach sehr interessant zu werden!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Juni 1908.

### Die nichtveröffentlichte Kaiserrede.

Wie wir an anderer Stelle unserer heutigen Nummer erwähnen, soll der Kaiser kürzlich in Döberitz eine Ansprache an die Truppen gehalten haben, die wahrscheinlich, sofern die Meldung nicht noch nachträglich dementiert werden kann — bis jetzt ist ein Desabau nicht erfolgt — im Jahr wie im Auslande ein nicht unbegründetes Ver fremden erregen wird.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit doch noch einmal daran erinnern, daß die offiziöse Presse bisher jede Ausrüstung darüber schuldig geblieben ist, weshalb denn jene Kaiserrede, die Wilhelm II. am 1. Juni um 9 1/2 Uhr auf dem Tempelhofer Feld an ein Bataillon der Alexandriner und ein oder zwei andere Bataillone gehalten hat, nicht publiziert worden ist, trotzdem sie schriftlich fixiert und vom Blatte abgelesen worden war und ihre Verlesung sechs bis sieben Minuten in Anspruch nahm!

Da sonst auch die kürzesten und bedeutungslossten Ansprachen von der offiziellen Presse wortgetreu wiedergegeben werden, muß es besonderes Befremden erregen, daß über den Inhalt dieser Rede bisher nicht eine Silbe bekannt geworden ist!

### Zur Finanzreform.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, daß Freitag und Sonntag im preussischen Staatsministerium vertrauliche Besprechungen über die Reichsfinanzreform stattgefunden haben. Diesen Beratungen werden weitere mit den anderen Bundesregierungen folgen. Die bisherigen Meldungen werden als „Kombinationen“ bezeichnet, denen noch die „ausreichenden Unterlagen“ fehlen. Eine Besprechung mit den Bloßführern hätte nicht stattgefunden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Beratungen das die „Unterlagen“ geschaffen haben werden und sich dann die „Kombinationen“ im wesentlichen als richtig herausstellen werden.

### Des bayerischen Kultusministers Nachs.

Aus Würzburg wird gemeldet: Wegen des Redakteurs der „Freien Bayerischen Schulzeitung“, den früheren Landtagsabgeordneten Wehl ist wegen Gefährdung

des Staatswohlles das Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Lehrer Wehl war der Hauptredner auf der Haderbräu-Veranstaltung des bayerischen Lehrervereins in München. Diese Rede und ein Artikel zum Kampf um Rede und Recht in der Schulzeitung bilden den Gegenstand des Disziplinarverfahrens.

Herr von Wehner, bayerischer Kultusminister, ist bekanntlich nach seiner Erörterung des Falles Wehl im bayerischen Landtag auf einer bedenklichen Gedächtnisprobe erlappt. Ausgedrückt hat sie Herr Wehl. Nun hat er das Disziplinarverfahren beschieden bekommen. Ob Herr v. Wehner glaubt, seine blamable Position durch solche schnelle Maßregel zu verbessern?

### Der Eulenburg-Prozess.

Nicht nur wegen Weineids, sondern auch wegen versuchter Verleitung zum Meineid, so behaupten einige Blätter, werde der Liebenberger noch in diesem Monat vor die Geschworenen gebracht werden. Ein Brief Eulenburgs an den Fischermeister Ernst, der den Gerichtsbehörden in die Hände fiel, soll die Grundlage der zweiten Anklage bilden.

### Die Aufsicht über die Subalternbeamten.

Der jetzige Arbeitersekretär und frühere badische Justizaktuar Jos. Frank in Frankfurt a. M. stand am 13. Juni als Beklagter vor dem Schöffengericht in Freiburg i. B. Er war beschuldigt, den Oberamtsrichter Krimmer in Konstanz beleidigt zu haben.

Frank war während seines Dienstverhältnisses in Konstanz mit seinem Vorgesetzten Krimmer in Differenzen geraten und wurde nach Mannheim verlegt. Infolge einer Denunziation, es habe Frank verschiedene Artikel in der „Volksstimme“ verfaßt oder inspiriert, welche Personalverhältnisse in Mannheimer Gerichtskreisen geizelten, wurde Hausungung bei ihm gehalten und er darauf mit sofortiger Dienstentlassung bestraft.

Inzwischen hatte Frank erfahren, daß sein ehemaliger Vorgesetzter Krimmer, ein Zentrumsmann, bei seiner Verlegung von Konstanz nach Mannheim den französischen Personalisten zwei „Stizzen“ beigegeben hatte, die im Konstanzer demokratischen Blatte erschienen waren, betitelt: „Sekretär Baltasar Jämmerle“ und „Der Bürokrat“. Krimmer vermutete, daß diese Arbeiten aus der Feder Franks stammten.

Frank schloß, daß die Beigabe dieser Artikel zu seinen Personalisten durch Krimmer ihn bei seinem neuen Vorgesetzten, Amtsgerichtsdirektor Söhler, „empfehlen“ sollten und führte darauf die Schwierigkeiten zurück, die ihm im dienstlichen Verkehr in Mannheim zum ersten Mal seit langen Jahren erwiderten. In einer begrifflichen Erregung schrieb er nun im Mai 1907 einen Brief an Krimmer, worin er dessen Handlungsweise als „denunziatorisch“ und „Gemeinheit“ bezeichnete. Frank wollte mit diesem Brief einen Strafantrag provozieren. Krimmer, der herzleidend ist, sagte ursprünglich nicht „Nein“ auf die Aufforderung erregende Broschüre Franks hin: „Die Knechtschaft des Subalternbeamten in Baden“ und die daran getnüpften Behauptungen in „Volksfreund“ usw. verstand sich Oberamtsrichter Krimmer zu einem Bericht ans Justizministerium, welches nunmehr Strafantrag einleitete.

In der Verhandlung ergab die Verlesung des Protokolls und der Personalisten, daß Frank ein außerordentlich brauchbarer

**Wahlmänner!**  
**Erscheint pünktlich zur Wahl!**  
**Keiner darf fehlen!**  
**Von einer Stimme kann der Sieg abhängen!**

Beamtet war und daß Krimmer die oben erwähnten Stizzen deshalb zu den Personalisten gegeben habe, nicht weil er selbst sich davon betroffen fühlte, sondern weil sie die Tendenz hätten, das Verhältnis der Subalternbeamten zu den Vorgesetzten falsch und in lächerlichem Sinne zu zeichnen. Franks künftiger Vorgesetzter sollte daraus „desen Charakter erkennen lernen“.

Das Urteil lautet auf eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate beantragt. In der Urteilsbegründung wurde als erwiesenes angenommen eine starke Arbeitsbelastung der unteren Beamten, ferner daß Oberamtsrichter Krimmer sich händig mit der Frau des Amtsdieners über die Beamten und ihre persönlichen Verhältnisse unterhalten habe. Strafmildernd kam in Betracht, daß demnach Oberamtsrichter Krimmer nicht lazzell gehandelt habe, und daß der Angeklagte sich zur Zeit der Tat in einer begrifflichen nervösen Erregung befand. Dagegen wurde der Vorwurf der „Gemeinheit“ gegen Oberamtsrichter Krimmer als schwer beleidigend angesehen. Der Herr Oberamtsrichter hat also durch die Frau des Amtsdieners eine förmliche Aufsicht über die Subalternbeamten führen lassen.

### Der Kompromiß in Freiburg.

Aus Baden wird uns geschrieben: Die unbegreifliche Kampfeslust unserer Freiburger Parteigenossen bei den Würgerauswahlwahlen findet nun ihre gefügige Verurteilung durch das Wahlergebnis, d. h. durch die vernachlässigte Sprache der Wählerschaft der dritten Klasse. Die vereinigten Parteien der Bourgeoisie und die Sozialdemokratie haben genug Aufforderungen an die Wähler ergehen lassen, zur Urne zu kommen. Und siehe da: von 7000 Wählern verzeichneten 5000 auf die Urnenummündung, die nicht mehr nötig war. Etwa 90 Proz. „Disziplinierter“ trugen den Friedensgeißel als Zeichen in die Urne; einige 50 ultramontane glaubenstrenne Namen trugen die Namen des sozialdemokratischen Quartetts (Engler, Krüner, Grundbach, Koch) aus; nicht weit ihnen 4 Sozialdemokraten unter 90 Stadtverordneten als gefährliche Hechte ertrugen, sondern aus „prinzipiellen“ Gründen. Denn nach der Lehre des liberalen Parteiobersten gehört das Wählen eines Sozialdemokraten in Baden zur Lohndiebstahl erster Klasse. Die anderen Zentrumswähler nahmen diese Sünde auf sich; die Zentrumsmacht durch ein nichtjüngendes Konzeptionsan an die Notizen festzuhalten, das glaubten sie verantworten zu können.

Für die Vörschreibung des taktischen Verhaltens unserer Freiburger Parteigenossen in unseren Kreisen kommen folgende Tatsachen in Betracht. Im letzten Jahrzehnt machte in Freiburg i. B. die politische und gewerkschaftliche Bewegung erhebliche Fortschritte. Bei der Landtagswahl 1906 erhielten unsere Kandidaten in Freiburg-Stadt 1800 Stimmen (21 Proz.); in der Stichwahl half das liberale Bürger- und Beamtenum dem Genossen Krüner zum Landtagsmandat. Bei der Reichstagswahl 1907 erhielt unser Kandidat in Freiburg-Stadt 4537 Stimmen (bei 9222 Gegnern). Als im Jahre 1908 unsere Freiburger Genossen mit den Liberalen im Einvernehmen bei der Stadtverordnetenwahl 8. Klasse dem Zentrum ein Veis stellen wollten (jener Kompromiß) erregte damals einen ebenso heftigen Widerspruch in der Arbeiterschaft wie jener von 1903 mit dem Zentrum, entfielen auf unseren Vorkämpfer 800 Stimmen, der nationalliberale erhielt 900, der ultramontane 1800 Stimmen. Das Zentrum triumphierte damals; heute sind die Nationalliberalen und Ultramontanen in gleich glücklicher Stimmung.

Die badische Parteipresse nahm vor der Wahl keine kritische Stellung zu dieser unglücklichen Freiburger Taktik.

Seute beklagt die Mannheimer „Volksstimme“ diesen Mangel an Kampfeslust und diese stumme Resignation der Freiburger Genossen wegen einiger vier Ranbats. Bedauerlich erscheint uns dieser Kompromiß auch aus dem Grunde, weil mit solchem doles far nichts sich das neue Parteisekretariat in Freiburg recht ungenügend einfüßt, während seine Notwendigkeit mit dem Hinweis auf das so günstige Kampfgebiet im badischen Oberland begründet wurde.

### Oesterreich.

#### Der Studentenstreik.

Wien, 15. Juni. Der Rektor der Wiener Universität hat eine Kundmachung erlassen, in der mitgeteilt wird, daß die in Wien verammelten Rektoren zu der vollen Ueberzeugung gelangt sind, daß der Unterrichtsminister die Lehrfreiheit der Hochschulpromessoren und die Freiheit der Forschung in vollem Umfange allerorten unbedingt wahren und die Autonomie der Hochschulen schützen werde. Die Rektoren fordern daher die Studierenden auf, vom Streik abzulassen. Der Rektor fügt hinzu, er habe die gefestigte Ueberzeugung gewonnen, daß die Lehrfreiheit der Hochschulen nicht gefährdet, vielmehr für die Zukunft gesichert sei.

### Angarn.

#### Arbeiterwohnungen.

Budapest, 15. Juni. Im Abgeordnetenhaus unterbreitete der Finanzminister eine Vorlage betreffend die Bewilligung eines Kredits von 12 Millionen Kronen für die Errichtung von Arbeiterwohnungen.

### Frankreich.

#### Nieder mit dem Zarismus!

Paris, 15. Juni. Der Nationalrat der vereinigten sozialistischen Partei hat eine Tagesordnung angenommen, welche gegen den Besuch des Präsidenten Fallières beim Kaiser von Rußland in einem Augenblick, wo dessen Regierung die Akte der Unterdrückung häuße, Protest erhebt. In Nachahmung des Beispiels der italienischen Sozialisten, die im Jahre 1903 den Besuch des russischen Kaisers in Italien zu verhindern wußten, und des jüngsten Protestes aus den Reihen der englischen Arbeiterpartei gegen die Reise König Eduards nach Rußland, läßt der Nationalrat alle Verbände und Organisationen ein, sich seinem Protest anzuschließen.

### Belgien.

#### Provinzialratswahlen.

Brüssel, 14. Juni. Die Provinzialratswahlen nahmen einen ruhigen Verlauf. Das Ergebnis, soweit es bis 9 Uhr abends bekannt war, hat die Lage nicht wesentlich verändert. In Brüssel sind die Liberalen beim Kartellverien mit harter Majorität wiedergewählt worden, in der Vorstadt Scherrebef ein Sozialist. In den beiden flandrischen Provinzen, in Antwerpen und Limburg hat sich nichts geändert, im Hennegau gleichen sich Gewinn und Verlust aus. In Luxemburg gewinnen die Katholiken zwei Sitze, in der Provinz Namur fünf, dagegen verlieren sie vier in Fosses und einen in Forrières (Provinz Lüttich). In Walcourt scheinen sich die Erwartungen der kartellierten Liberalen und Sozialisten nicht erfüllt zu haben.

### Die Kongofrage.

Brüssel, 15. Juni. Heute ist ein Schriftwechsel veröffentlicht worden, der zwischen der amerikanischen, der belgischen und der englischen Regierung bezüglich der Uebernahme des Kongostaates durch Belgien gepflogen wurde. Danach betrachten die englische und amerikanische Regierung die Annexion des Kongostaates als die sicherste Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten, vorausgesetzt, daß Belgien dabei gemäß der vorhandenen Vertragsbestimmungen vorgehe. Der belgische Minister des Auswärtigen erklärte, daß die Frage vom Parlament in voller Unabhängigkeit geprüft werden, und daß die Regierung ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen wird. In einer amerikanischen Note vom 7. April d. J. wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Belgien sich im Falle der Uebernahme des Kongostaates nach den humanen Bestimmungen der Berliner und der Brüsseler Akte richten werde. In weiteren Schriftstücken bestehen die Vereinigten Staaten und England auf dem Recht, für die Missionare Land zu erwerben, und legen ihre Ansichten hinsichtlich der Besteuerung aneinander.

### Italien.

#### Gemeinderatswahlen.

Rom, 15. Juni. Die gebrühen Gemeinderatswahlen erfolgten in Turin, Mailand und Bologna ohne Zwischenfälle, in Turin erhielten die Sozialdemokraten die Mehrheit. In Mailand ist der Sieg der konstitutionellen Partei gesichert. Unter 27 Gewählten befinden sich nur fünf Sozialdemokraten. In Bologna ist ebenfalls der Sieg der konstitutionellen Partei gesichert.

### England.

#### Die britischen Sozialisten und die Lage in Indien.

London, 12. Juni. In seiner letzten Sitzung nahm das britische Komitee des Internationalen Sozialistischen Kongresses folgende Resolution an:

„Wir bedauern zwar tief die Handlungswelke der fanatischen Bengalen, indem sie als Protest gegen Unterdrückung zu Dynamit greifen und unschuldige Menschenleben opfern, aber wir sind der Ansicht, daß die despotische Regierungswelke und die wirtschaftliche Ungerechtigkeit der Briten in Indien dazu führen, daß die öffentliche Zustimmung politischer Agitatoren und die widerrechtlich vorgenommenen Verhaftungen von konstitutionellen Führern derartige Mächte finden.“

#### Für das Frauenstimmrecht.

London, 13. Juni. Ein Zug von zehntausend Frauen mit Fahnen und Musikkorps zog heute vom Themseufer zur Albert-Hall, um den Wahlrechts-Sonnabend zu feiern. Die Demonstration, die ein außerordentlich belebtes Bild bot, wurde von mehreren Damen der Gesellschaft geleitet; unter den Teilnehmerinnen befanden sich Vertreterinnen der bildenden Kunst und der Musik, hervorragende Schriftstellerinnen und Bergtinnen, neben Fabrikarbeiterinnen und Dienstmädchen. In der Albert-Hall wurden leidenschaftliche Reden zugunsten des Frauenstimmrechtes gehalten.

### Norwegen.

#### „Nieder mit Astar, Thron und Geldsak!“

Kristiania, 12. Juni. (Fig. Ver.) Der Arbeiterverein „Nordens Rippe“ in Scharanger besitzt eine rote Fahne mit obiger Aufschrift. Am 1. Mai wurde dieselbe beim Demonstrationzug benutzt. Der Amtmann war zum voraus von einigen Getreuen davon unterrichtet worden. Da die sozialdemokratische Arbeiterbewegung im nördlichen Norwegen bereits eine bedeutende Macht bildet, wollte der Amtmann ohne vorherige Konferenz mit dem Justizministerium nicht einschreiten. Er telegraphierte an den Justizminister Castberg, ob genannte Aufschrift gesetzwidrig sei und ob er dieselbe verbieten sollte.



Der Justizminister antwortete, daß die Benutzung dieser Fahnen an und für sich der Polizei keine Gelegenheit zum Einschreiten biete.

Als die Reaktionsäre von dieser nutzlosen Tat Wind bekamen, brachten sie eine Interpellation im Storting ein. Aber die konservativen Staatsretter erlitten eine schmachvolle Niederlage. Der einzige Erfolg war, daß der Justizminister eine ausgezeichnete Gelegenheit bekam, um, unterstützt von unseren Genossen, seine bereits bekannte demokratische Auffassung zu demonstrieren.

Er führte aus, daß der Text nicht strafbar sei. § 100 der Verfassung sagt, daß jede freimütige Äußerung über die Staatsverwaltung jedermann erlaubt sei. Mit Rücksicht auf den Ausbruch „Nieder mit Thron und Altar“ führte er aus, daß es hier viele Gabe, die gegen das Königtum seien, und andere, die Gottesdienst ohne Altar wollten. Der Ausbruch „Nieder mit dem Kaiser!“ scheint an gewissen Stellen sehr viel Anstoß erregt zu haben. Aber trotzdem gibt es hierzulande viele, die ihn weghaben wollen. Im übrigen hätten die Ereignisse zur Genüge gezeigt, daß es, um die Ruhe und den Frieden zu fördern, das Beste war, jedes Einschreiten zu unterlassen. Es haben keine Störungen stattgefunden und das öffentliche Interesse hat nicht gelitten. Er müsse sich auch entschieden dagegen verwahren, daß das Auftreten der Autoritäten in anderen Ländern eine Richtschnur für uns sein solle.

Die große Mehrheit war mit dem Minister einverstanden und unter solchen Umständen wagten die Konservativen nicht einmal, den Antrag auf Nichtbilligung zu stellen. Sie erlitten ein völliges Fiasko.

### Unentgeltlichkeit der Lehrmittel.

Kristiania, 13. Juni. (Fig. Ber.)

Der Gemeinderat von Drontheim hat nach heftiger Debatte mit 35 gegen 33 Stimmen beschlossen, vom nächsten Jahre ab den Volksschulkindern freies Schulmaterial zu verabreichen.

### Rußland.

Die Amurbahn.

Petersburg, 13. Juni. In der heutigen Sitzung nahm der Reichsrat trotz der Opposition Wittes die Vorlage über die Amurbahn an.

### Bulgarien.

Serbische Ueberfälle.

Frankfurt a. M., 15. Juni. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Sofia unter dem gestrigen Datum: Im Bezirk Wilen oberhalb einer serbischen Bande das bulgarische Dorf Kraschinschitscha und tötete einen Mann. Tags darauf überfiel dieselbe Bande den Begräbnisplatz des Ermordeten und machte den Leichnam mit seiner Frau nieder und verwundete einen Mann schwer. Eine andere Bande drang in das Dorf Selzschy in demselben Bezirk ein, schleppte fünf angelehene Bürger mit, erwürgte sie und zerstückelte ihre Leichen.

### Türkei.

Ein jungtürkisches Attentat.

Frankfurt a. M., 14. Juni. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Saloniki meldet, wurde gestern nacht gegen den Plagiatmandanten von Saloniki Nazim Bey von einem Leutnant ein Anschlag verübt. Der Tat liegen jungtürkische Motive zu Grunde. Nazim Bey wurde am Bein nicht unerheblich verwundet, sein Sekretär ist leicht, eine Ordomanz und ein Posten schwer verletzt. Der Täter entkam. Nazim Bey ist nach Konstantinopel abgereist.

### Perrien.

Allgemeine Arbeitseinstellung.

London, 15. Juni. Wie ein Morgenblatt aus Teheran meldet, begann gestern die allgemeine Arbeitseinstellung. — Dem königlichen Lager außerhalb der Stadt strömen täglich Streikkräfte zu. — Das Parlament entwarf ein Memorandum an den Schah, in welchem er an seine königlichen Versprechungen erinnert wird und in dem die verschiedenen Verfassungsbrüche aufgezehrt werden. Schließlich ersucht das Memorandum den Schah, mitzuwirken, damit das Vertrauen des Volkes wiederhergestellt werde.

Die Anarchie an der Grenze.

Konstantinopel, 14. Juni. In der verflochtenen Woche wurden 28 Ortschaften ausgeplündert, darunter 15 christliche. Täglich erscheinen in der Stadt Flüchtlinge und verlangen vom Gouverneur Schutz. Das russische Konsulat ist angefüllt mit Christen aus ausgeplünderten oder aus von Kurden bedrohten Orten. Ein Ueberfall einiger hundert Kurden auf die christliche Ortschaft Arduscha wurde vereitelt. Die Telegraphenlinie ist abermals von Kurden zerstört worden.

### Marokko.

Mulay Hafid im Vormarsch.

Truppen Mulay Hafids haben die Stadt Alkassar, die nur zwei Tagereisen von Tanger entfernt ist, besetzt. Zwei französische Militärxerposten, ein Offizier und ein Unteroffizier, die dem unter französischen Schutz stehenden Befehlshaber als Instruktoren beigegeben waren, wurden gefangen genommen. Man befürchtet, daß das Leben der in Alkassar wohnenden Franzosen und französischen Schutzbeholdenen, unter denen sich ein Konsularagent befindet, gefährdet ist. Nach einer anderen Meldung sollen mehrere hundert weitere Mulay Hafids aus Fes in das Lager der Mahalla Abdul Malikis eingedrungen sein und diese gezwungen haben, sich Mulay Hafid zu unterwerfen. „Petit Parisien“ schreibt, dieses fast unglückliche Ereignis zeige, wie außerordentlich schnell der Hafidismus auch in diesem Teile Nord-Marokkos sich ausgebreitet habe. Tanger scheint ernstlich bedroht.

Demselben Blatt wurde an amtlicher Stelle in Berlin unter anderem mitgeteilt:

„Deutschland wird nicht mehr noch weniger tun als die anderen Signatarmächte des Algierabkommens, von dem es sich um keinen Preis zu entfernen gedenkt. Wenn Mulay Hafid in Europa anerkannt werden sollte, so kann das nur geschehen, indem die Mächte so beschließen. Deutschland weist jede isolierte Stellungnahme gegenüber Marokko zurück; das soll man niemals aus dem Gesicht verlieren.“

Die Antwort ist geeignet, zu einer allmählichen Entwirrung beizutragen.

### Venezuela.

Ein neuer Uebergriff.

New York, 15. Juni. Ein Telegramm aus Willemstad meldet, ein venezolanisches Küstenwachschiff habe auf See in der Höhe von La Vela de Coro zwei holländische Schiffe, die zwischen den Inseln Kraba und Paracora verkehrten, angehalten und gezwungen, nach Coro zu gehen. Dort seien die Schiffe zwei Tage festgehalten und alle an Bord befindlichen, nicht in Postbeuteln verschlossenen Briefe seien beschlagnahmt worden.

## Aus der Partei.

Partei und Jugendorganisation.

Man schreibt uns aus dem Parteibureau: „Die „Leipz. Volksztg.“ polemisiert in ihrer letzten Nummer unter der Spitzmarke: „Interessante Enthüllungen zum Thema: Gewerkschaften und Jugendorganisationen“ gegen einen Auftrag des Genossen Legien, der in den „Soz. Monatsheften“ zum Gewerkschaftstongreß erschien. Dabei berührt die „Leipz. Volksztg.“ auch die Besprechungen, die zwischen Parteivorstand und Generalkommission über die zukünftige Agitation unter der proletarischen Jugend stattgefunden haben.“

Mit dieser für die Gesamtarbeiterbewegung äußerst wichtigen Frage haben sich Parteivorstand und Generalkommission vor und nach Erlaß des Reichsvereinsgesetzes mehrfach befaßt, und nach Zustandekommen dieses Gesetzes hat der Parteivorstand sich mit der Generalkommission auf Richtlinien geeinigt, die dem Parteitag in Nürnberg für seine Beschlußfassung über die zukünftige Agitation unter der Jugend zur Grundlage dienen werden.

Die „Leipz. Volksztg.“ schreibt dazu: „Benignus behauptet Legien, daß dem Nürnberger Parteitag ebenfalls die Frage der Jugendorganisation vorliegen wird. Die Parteipresse weiß davon noch nichts.“ — Die „Leipz. Volksztg.“ hat dabei bereits in ihrer Nr. 102 vom 5. Mai 1908 berichtet, daß der Nürnberger Parteitag über die Details der Jugendorganisation entschieden wird. Wenn die „Leipz. Volksztg.“ weiter behauptet, daß durch Geheimabmachungen beabsichtigt sei, die Jugendorganisation zu vernichten, so ist das schon deshalb falsch, weil unter dem Reichsvereinsgesetz die sozialistischen Jugendorganisationen in der alten Form einfach nicht mehr möglich sind. In Konsequenz dessen beschloß der Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands auf seiner Darmstädter Generalversammlung bekanntlich am 8. Mai, den Verband aufzulösen und in den einzelnen Städten Komitees aus den über 18 Jahre alten Mitgliedern zu bilden, die als provisorische Träger der Jugendagitation zu gelten haben, bis der Nürnberger Parteitag entschieden hat. Die „junge Garde“ hat auf ihrer außerordentlichen Generalversammlung einfach aus dem neugeschaffenen Rechtszustande die Konsequenz gezogen. Genosse Dr. Frank erklärte in Darmstadt: „Keinen Zentimeter werden wir vor den Bestimmungen des Gesetzes zurückweichen, wir sind entschlossen, die alten Ziele zu erreichen, wenn auch auf anderem Wege.“ An der Vorbefragung, die der Darmstädter Generalversammlung voranging, nahm auch ein Vertreter des Parteivorstandes teil. Die Darmstädter Beschlüsse enthalten das, was dem Nürnberger Parteitag für ganz Deutschland als Grundlage der Jugendorganisation vorgeschlagen werden soll. Außerdem soll die Gründung einer sozialistischen Jugendorgans beschlossen werden. Das alles ist längst bekannt. — Es wäre deshalb gut gewesen, wenn die „Leipz. Volkszeitung“ ihren eigenen Bericht über die Generalversammlung der jungen Garde einmal gelesen hätte, ehe sie ihre „Sensationsmeldung“ in die Welt setzte.“

Auch ein Leidtragender. Aus Erbach i. D. wird der „Mainzer Volkszeitung“ geschrieben, daß dort beim Begräbnis des „Standesherrn“, des Grafen v. Erbach, einem noch aus der Feudalzeit stammenden Uhu gemäß die Leiche vom Erbacher Stadtrat aus der Kirche zum Leichenwagen getragen wurde. An diesem weihenlosen Akt hat sich nun auch einer von den drei sozialdemokratischen Stadträten Erbachs, der Genosse Ehrhardt, beteiligt. Die Erbacher Genossen wollen diesem Leidtragenden in der nächsten Parteiverammlung den Kopf waschen. Der Entgleiste kann sich zu seiner Entschuldigung auf böse Beispiele berufen.

Der Landesauschuß der deutschen und österreichischen Sozialisten in der Schweiz, der in Zürich domiziliert, veröffentlicht soden seinen Geschäftsbericht pro 1907, aus dem eine sehr erfreuliche Weiterentwicklung der in allen Teilen des Landes bestehenden Arbeiterbildungsvereine und sozialdemokratischen Mitgliederorganisationen ersichtlich ist. — Im Berichtsjahre wählte der Landesauschuß in dem Genossen Jaffe einen ständigen Sekretär. Der Genosse vertrat den durchschnittlich die halbe Woche für die Besorgung der Sekretariatsgeschäfte, für Agitation usw. Er hat eine recht rege und erfrischende Tätigkeit entfaltet. Das in Zürich errichtete Zentralschreibendepot hat sich gut entwickelt, der Umlauf in der kurzen Zeit eines halben Jahres beträgt 6878,85 Fr. Der Landesorganisation gehören 40 Sektionen an, von denen 39 berichteten. Diese zählten Ende 1907 3248 gegen 2917 Mitglieder anfangs 1907, wovon die größere Hälfte aus Deutschland stammt, während sich die übrigen auf zahlreiche Länder und Nationen und selbst auf verschiedene Erdteile verteilen. Die Vereine haben in ihren Bibliotheken 12 900 Bände, von denen 5092 ausgeliehen wurden. Die Einnahmen des Landesauschusses betragen 3222 Fr., die Ausgaben 2940,77 Fr., so daß ein Saldo von 281,23 Fr. verbleibt. Der internationale Hilfsfondsbund verzeichnete 781,26 Fr., die Ausgaben beliefen sich auf 474,59 Fr., der Saldo auf 306,67 Fr. Für die deutschen Reichstagswahlen im Januar 1907 wurden 8830,15 Fr. gesammelt, für die österreichischen Reichstagswahlen 1047,10 Fr. Die Zahlen beweisen, daß die ausländischen Genossen in der Schweiz die internationale Solidarität erfolgreich betätigen.

## Aus Industrie und Handel.

Firma Krupp.

Das größte industrielle Unternehmen der Eisenindustrie, das als Aktiengesellschaft firmiert, sich aber tatsächlich in Privat Händen befindet, ist die Krupp'sche Rönoverfabrik. Die finanziellen Ergebnisse des Wertes illustrieren folgende Zahlen:

	Alienkapital von M.	Abschreibungen M.	Betriebsüberschüsse M.	Reingewinn M.
1903/04	100 000 000	9 845 333	17 290 180	11 582 782
1904/05	100 000 000	12 604 037	22 904 817	16 558 291
1905/06	100 000 000	14 803 521	30 279 128	20 925 734
1906/07	100 000 000	16 001 221	34 802 342	25 053 095

Die Firma hat die Aufnahme einer vierprozentigen 50 Millionen Anleihe beschlossen, von der demnächst ein Teilbetrag von 20 Millionen Mark zur Zeichnung aufgelegt werden soll.

Bankfusion. Die Dresdner Bank hat mit der seit dem Jahre 1870 bestehenden Bankfirma Rauer u. Blout in Kassel ein Abkommen getroffen, nach dem die Geschäfte derselben mit dem 1. Juli d. J. auf eine daselbst zu errichtende Filiale der Dresdner Bank übergehen.

Der Verein für den Verkauf von Siegerländer Roheisen G. m. b. H. in Siegen hat den Vertrag mit dem Roheisensyndikat G. m. b. H. in Düsseldorf für Ende dieses Jahres gekündigt.

### Die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1907.

Im Anschluß an die in den Vierteljahreshften zur Statistik des Deutschen Reichs 1907 Heft IV und 1908 Heft I veröffentlichte Bestandsstatistik der deutschen Aktiengesellschaften teilt das Kaiserliche Statistische Amt in dem Heft II (S. 243 ff.) eine Statistik der Bestands- und Kapitaländerungen der Aktiengesellschaften mit, die zum ersten Male für das Jahr 1907 aufgestellt ist.

Im Jahre 1907 wurden 217 Gesellschaften mit einem Kapital von 200,7 Millionen Mark nominal — oder 263,2 Millionen Mark nach dem Kursabstand — neu gegründet.

Kapitalerhöhungen erfolgten bei 329 Gesellschaften, und zwar bei 42 in Verbindung mit Kapitalherabsetzungen. Kapitalherabsetzungen erfolgten einschließlic dieser 42 Fälle bei 95 Gesellschaften. Rechnet man die jenen 42 Kapitaländerungen in zweifacher Richtung nur 15, bei denen von Erhöhung überwiegt, zu den Kapitalerhöhungen und nur 27, bei denen die Herabsetzung überwiegt, zu den Kapitalherabsetzungen, so

verbleiben 302 Gesellschaften mit Erhöhung und 80 mit Herabsetzung des Kapitals.

Im Jahre 1907 traten in Liquidation 58 Gesellschaften mit 62,7 Millionen Mark Nominalkapital, in Konkurs 23 mit 11,9 Mill. Mark, ohne Liquidation oder Konkurs wurden gelöscht 80 mit 96,1 Millionen Mark Nominalkapital.

In tätigen Gesellschaften gab es danach am 31. Dezember 1907 5147 mit 14 218,3 Millionen Mark Nominalkapital, 97 Gesellschaften und 450,2 Millionen Mark Kapital mehr als im Vorjahre.

### Verkehr im Kaiser Wilhelm-Kanal.

Ueber den Verkehr im Kaiser Wilhelm-Kanal während des Rechnungsjahres 1907 werden im zweiten Hefte des Jahrgangs 1908 der Vierteljahreshften zur Statistik des Deutschen Reichs eingehende Nachweise veröffentlicht. Im ganzen haben den Kanal im angegebenen Zeitraum 34 998 abgabepflichtige Schiffe mit 6 428 441 Registertons Nettoraumgehalt; hiervon waren 29 682 Schiffe mit 5 275 468 Registertons beladen. 28 405 Schiffe führten die deutsche Flagge, 33 die belgische, 444 die britische, 1842 die dänische, 89 die französische, 1870 die niederländische, 587 die norwegische, 404 die russische, 1772 die schwedische und 42 eine der sonstigen fremden Flaggen. An reinen Kanalabgaben (abzüglich des auf die Kanalabgabe angerechneten Eiblotgebühres von 201 244 Mk.) sind 2 999 388 Mk. und an Gebühren überhaupt (einschließlich der Schleppegebühren usw.) 8 109 237 Mk. erhoben worden.

## Soziales.

Von der nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft.

Nach dem uns vorliegenden kümmerlichen Bericht der großen Vereinskassen zählte diese am Schlusse des Jahres 1907 insgesamt 23 683 versicherte Betriebe, die 238 762 Arbeiter beschäftigen. Die größte Zahl der Versicherten stellen die Maurer mit 113 647, die Maler mit 21 098, die Zimmerer mit 31 280 usw.

Der Bericht erwähnt, daß allein 56 000 Mk. an Beiträgen anfielen, da eine Zwangsvollstreckung bei den versicherten „Baumunternehmern“ fruchtlos war. Die beigefügte Aufstellung ergibt, daß die Vereinskassen durch ihre Gefahrenklassen einzelne Berufsgruppen ganz gehörig zu Beiträgen heranziehen können. So zahlen z. B. die Tapezierer für 100 Mk. Lohn in den einzelnen der fünf Sektionen nur 40—55 Pf., während wieder die Unternehmer für „Abbruch von Gebäuden“ auf die gleiche Lohnsumme 9,90 Mk. bis 13,86 Mk. zu zahlen haben.

Gemeldet wurden im Berichtsjahre 11 168 Unfälle, gegen 12 706 im Vorjahre.

Vor Ablauf der 18. Unfallwoche hatten die Krankenlisten auf ihre Kosten schon 9490 dieser Unfälle geheilt, sodas nur noch 1678 Unfälle der Vereinskassen zur Entschädigung zuzuführen.

Dem mageren Bericht ist eine Statistik der Unfälle des Jahres 1906 beigegeben, die uns beweisen soll, daß

Montag vormittags	1143	nachmittags	1110
Dienstag	964	1052	
Mittwoch	1060	1026	
Donnerstag	1026	1057	
Freitag	1042	1133	
Sonntag	997	1029	
Sonntag	29	8	

Unfälle sich ereignet haben.

Vergehen darf man nicht, daß Montag gewöhnlich der Beginn eines neuen Arbeitsverhältnisses ist und die Gefahren in einem neuen Betriebe viel größer sind.

175 Bauarbeiter wurden getötet, 8 waren völlig erwerbsunfähig verblieben und 805 dauernd teilweise erwerbsbeschränkt. Ueber sechs Monate waren ferner 806 Verletzte unterstützt worden.

Für das Jahr 1907 fehlen diese Zahlen im Bericht.

### Neue Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter.

Der Jahresbericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins Königsberg für das Jahr 1907 konstatiert unter anderem, daß die Güterpreise im Berichtsjahre trotz der ungünstigen Ernteverhältnisse im allgemeinen ihre steigende Tendenz beibehalten haben. Der Jolkart hat also nach wie vor seine Schuldigkeit, und die Agrarier schwimmen im Golde. Trotzdem fällt es ihnen nicht ein, ihre Arbeiter besser zu bezahlen, denn der Bericht sagt, daß die Landflucht weitere Fortschritte macht. Besonders die jungen Leute fliehen vom Lande fort. Aber selbst die ausländischen, so überaus bedürfnislosen Arbeiter werden auf den Gütern der ostelbischen Junker nicht einmal so behandelt, daß sie aushalten können. Der Bericht erklärt, es war eine bedeutende Zunahme des Kontraktbruchs, namentlich der ländlichen Arbeiter, zu verzeichnen. Damit stellt man in vorzüglicher Weise die Ausbeutungswut der Agrarier an den Pranger. Es wird nun weiter gesagt, daß die Mittelverwaltung in dankenswerter Weise alle verfügbaren Mannschaften zu den Erntearbeiten beurlaubt habe. Man sieht man, welch ungeheurer Schaden den Landarbeitern i. c. Militarismus zufügt. Wenn sie keine höheren Löhne, keine bessere Behandlung erzielen, so haben sie das der Militärverwaltung zu verdanken. Es wird nötig sein, im Reichstage mit erhöhtem Nachdruck auf diesen Mißstand hinzuweisen.

Run sind die Junker aber durchaus nicht mit den gegenwärtigen Verhältnissen zufrieden. Der Bericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins begrüßt voll die gegen Recht und Gerechtigkeit verstoßenden Legitimationskarten für ausländische Arbeiter, er fordert aber, daß auch die inländischen Arbeiter noch mehr geknebelt werden sollen. Es wird auf die „Anstehelung“, das heißt auf die Übermüdung der Landarbeiter hingewiesen, und dann heißt es, dringend erwünscht müsse es jedoch erscheinen, daß zur Bekämpfung des Kontraktbruchs überhaupt Bestimmungen gegen die Vermittler erlassen werden, die die Landarbeiter zum Kontraktbruch verleiten, und daß auch diejenigen Arbeitgeber, die sich eines derartigen Vergehens schuldig machen, oder wesentlich kontraktbrüchige Landarbeiter beschäftigen, in Strafe genommen werden. Es soll also der gescheiterte Kontraktbruchsgegenwurf Gesetz werden, damit, wie es im Bericht heißt, die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der einmal übernommenen Vertragspflichten unserer ländlichen Bevölkerung wieder eingepreßt wird. Das ist ein hartes Stück Dummheit: fällt es doch gerade den Junkern nicht ein, die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der einmal übernommenen Vertragspflichten als Dogma anzuerkennen. Viele von ihnen brechen die Verträge sehr oft, ohne Gewissensbisse, von den Arbeitern verlangen sie aber, daß sie dieselben einhalten sollen, und jetzt fordern sie erneut Strafbestimmungen zur Bekämpfung des Kontraktbruchs der Arbeiter.

### Von der „gesicherten Existenz der Arbeiter“.

In einer Glasfabrik in Firma verunglückte ein Arbeiter, der sieb zehn Jahre lang dort tätig war. Es fiel ihm beim Kohlenabladen eine Wand der Laxe auf den Rücken und machte ihn auf einige Zeit arbeitsunfähig. Zwei Tage vor Pfingsten, so quasi zur Erhöhung der Festfreude, ging ihm die Mitteilung von dem Hüttenmeister zu, daß er wegen Betriebsveränderung entlassen sei. Siebzehn Jahre hat der Mann gegen jedenfalls sehr beschwerlichen Lohn für die Firma gearbeitet. Im Dienste der Firma erleidet er einen Unfall und wird dann auch Pfister gesetzt — für den Arbeiter aber, selbst die bürgerlichen Parteien, ist geforgt bis an sein Lebensende.

### Steuererlaß.

In Freisenbruch bei Steels beschloß die Gemeindevertretung, allen Kriegsteilnehmern, die weniger als 1600 Mk. Jahreseinkommen haben, die Gemeindesteuer zu erlassen. Noch verständlicher wäre der Verlaß gewesen, alle Einwohner mit einem Einkommen unter 1600 Mk. steuerfrei zu stellen.



# Gewerkschaftliches.

## Wo ist der Schieber?

In der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ veröffentlicht Syndikus Karl König-Nürnberg einen Heftartikel gegen den „Bund der technisch-industriellen Beamten“. Zum Schluß reizt er wie folgt zu Maßregeln auf:

„Aus den Forderungen des Bundes, die sich wie die ganze Organisation auf dem Niveau moderner Gewerkschaften halten, sind gerade die vorstehend näher gewürdigten herausgegriffen worden, weil sie am besten die von dieser Angestellten-Organisation eingenommene Kampfstellung gegenüber den Arbeitgebern illustrieren. Es hat seinen guten Grund, wenn die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ ihrer lebhaften Freude über das Anwachsen dieser Organisation Ausdruck gegeben hat. Die Sozialdemokratie und die freie Gewerkschaft sehen in ihr einen Bundesgenossen, der ihr noch wertvolle Dienste leisten kann. Die Arbeitgeber mögen Vorkehrungen treffen, daß die Hoffnung der Gewerkschaften zunichte wird; wenn erst einmal die Bureaus und Zeichensäle leer stehen, ist es zu spät.“

Als der Mann das schrieb, war die Verfeinerung der Organisation jedenfalls schon beschlossene Sache. Es dürfte schwer sein, ein Organ ausfindig zu machen, das sich rühmen kann, in Negation mit der „Arbeitgeber-Ztg.“ konkurrieren zu können.

## Berlin und Umgegend.

**Klempner!** Bei der Firma Gottschalk, Alte Jakobstraße, sind die Klempner ausgesperrt, weil sie den tarifmäßigen Lohn verlangten. Die Bauten der Firma sind zu meiden.

**Betriebswerkstätte.** Der Inhaber der Schneiderei in Charlottenburg, Wilmerdorfer Straße 12, Ecke Schulstraße, heißt nicht Stohmann sondern Hoffmann.

## Im Kampfe um die Koalition!

Der Bund der technisch-industriellen Beamten hat für Dienstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, zwei öffentliche Versammlungen nach dem großen Saale der Sophienäle, Sophienstr. 17/18 und nach dem großen Saale der Germania-Festhalle, Chausseest. 110, einberufen, in welchen die Herren Widemann, Schölk und Granzin über das Thema „Im Kampfe um die Koalition“ sprechen werden.

## Deutsches Reich.

### Zur Tarifbewegung der Reiseeffektenattler und Portefeuilier Deutschlands.

Nach biernonatlichen Verhandlungen in den vier Tarifstädten Berlin, Frankfurt a. M., Offenbach und Stuttgart kam eine Vereinbarung zustande, wonach Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter eine Konferenz zum 14. Juni nach Berlin im Savoy-Hotel einberiefen. Als Grundlage der Beratungen galt der vom Offenbacher Einigungsamt gefällte Schiedsspruch vom 10. Juni d. J. und die Forderungen der Arbeiter. Vertreten waren 13 Arbeitgeber und Arbeitnehmer, darunter die Zentralvorstände des Sattler- und Portefeuilierverbandes, sowie der christlichen Lederarbeiterorganisation. Der Vorsitz führten der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung Herr G. Schloumacher-Frankfurt und der des Sattlerverbandes H. Blum, Berlin.

Der prinzipiellen Forderung der Arbeiter, die bei Zwischenmeistern beschäftigten Hilfskräfte mit in das Vertragsverhältnis einzubeziehen, wurde nach langer Debatte stattgegeben. Die Arbeitszeit darf für alle Fabrikbetriebe sowie für die Zwischenmeisterbetriebe in den Städten 54 Stunden pro Woche nicht übersteigen. Nur für Zwischenmeisterbetriebe auf dem Lande kann die Arbeitszeit 57 Stunden pro Woche betragen. Die Minimallöhne der Portefeuilier sind erhöht worden und sollen während der Vertragsdauer in festgesetzten Terminen denen der Sattler gleichgestellt werden. Die Minimallöhne der Sattler und Portefeuilier wurden für Ausgelernte um zwei respektive drei Pfennige erhöht. Die übrigen Zeillöhne wurden gleichfalls erhöht, wogegen die Akkordlöhne betriebsweise geregelt werden sollen. Die einheitlichen Gesichtspunkte, welche am 23. März vereinbart wurden, betreffs Schlichtungskommissionen und des Tarifamtes wurden angenommen. Die beiderseitigen Zustimmungen zu diesen Abmachungen müssen bis zum 30. Juni dieses Jahres erfolgen. Die Gültigkeitsdauer der Tarife beträgt drei Jahre. Unter diese Tarife werden ungefähr 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen fallen.

Nach dem in diesen beiden Branchen für die obgenannten Industriebezirke eine Einigung erzielt wurde, machte die Arbeitgebervereinigung den Abschluß der Tarife davon abhängig, daß die seit sechs Wochen im Streit befindlichen Berliner Kofferarbeiter die Arbeit bedingungslos aufnehmen resp. sich den obigen Abmachungen anschließen sollten, in denen den Koffermachern so gut wie gar nichts geboten ist. Auf dieses Ansinnen konnten die Arbeitgebervertreter unter keinen Umständen eingehen. Da die Portefeuilier- und Reiseeffektenfabrikanten das Einigungswort an diesem Punkt nicht scheitern lassen wollten, machten sie den Vorschlag, den Schiedsspruch des Berliner Einigungsamtes nachträglich anzuerkennen mit Ausnahme des Ablauftermins des Vertrages. Der Kofferfabrikant Krebels war mit diesem Vorschlag nicht einverstanden, worauf alle Arbeitgeber, mit Ausnahme des genannten Herren, beschlossen, die Parteien zu verpersönlichen, sich mit obigen Vorschläge einverstanden zu erklären. Beharrten die Kofferfabrikanten trotz dieses Beschlusses auf ihrem ablehnenden Standpunkt, so gehen sie des Schutzes der Arbeitgebervereinigung verlustig und gelten die Verträge für die Portefeuilier- und Reiseeffektenindustrie, vorbehaltlich der Zustimmung der beteiligten Organisationsmitglieder, als gesichert.

## Kampf gegen den Fabrikarbeiterverband.

Seit dem 14. April 1908 stehen die Arbeiter der Wolgaster Zementfabrik (Besitzer Knisthorst) im Streit. Bei den Verhandlungen am 22. Mai, die zwischen Streikenden und dem Besitzer stattfanden, verlangte dieser von seinen bisherigen Arbeitern Austritt aus dem Fabrikarbeiterverbande. Die Streikenden wiesen das anmaßende Verlangen selbstverständlich zurück, worauf die Verhandlungen scheiterten. Der Kampf hat dadurch einen Wendepunkt erhalten. Er wird nun nicht mehr in der Hauptsache um Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern um die Anerkennung der Gewerkschaften geführt, sondern um Anerkennung des Koalitionsrechtes.

In dem Betriebe sind circa 70-80 (nicht 150 Streikbrecher, wie die Parteipresse vor einigen Tagen berichtete) Arbeitswillige an Stelle der 115 Streikenden beschäftigt. Die Arbeitswilligen sind aus den anderen Betrieben des Besitzers abkommandiert. In den anderen Betrieben sind nun die Leute knapp und deshalb sucht der Besitzer für hier „Arbeitswillige“. Den Leuten wird in den bürgerlichen Zeitungen freie Wohnung und freies Kartoffelfeld versprochen. Wir ersuchen alle recht denkenden Arbeiter, auf diesen Köder nicht zu beißen und den Zugang mit allen gesetzlichen Mitteln fernzuhalten.

## Um was die Arbeiter noch kämpfen müssen!

In Wärenstein im Erzgebirge sind die Holzarbeiter der Ristenfabrik Leinrod nach, in den Streit getreten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dort noch sehr traurige. Die Arbeitszeit beträgt täglich 11 Stunden, der Lohn 17-24 Pf. Nach langem Wüten

legte man den älteren Arbeitern 1-2 Pf. pro Stunde drauf. Nach langen Wüten gelang es, die Arbeiter in den Holzarbeiter-Verband hineinzubringen, und man konnte daran denken, die Verhältnisse mit unserer Zeit einigermaßen in Einklang zu bringen. Es wurden also 10stündige Arbeitszeit, 4 Pf. Lohnhöhe und 10 Pf. Aufschlag für Ueberstunden verlangt. Statt nun diese mehr als bescheidenen Forderungen zu bewilligen, meinte der Chef: Er zahle schon sowieso die höchsten Löhne in der Gegend und könne nicht mehr tun. Nachdem auch die Vermittlungsversuche des Gauborstehers vergeblich waren, traten die organisierten Holzarbeiter in den Streit. Die Streikenden erklärten in einer Versammlung, daß sie lieber den Ort verlassen wollten als für den Hungerlohn weiterarbeiten. Nicht weniger als vier Gendarmen bewachen jetzt das Kapital - pardon den Betrieb.

## Ausland.

### Massenausperrungen in ganz Skandinavien.

Die großen Arbeitgeberorganisationen der drei skandinavischen Länder haben vor einiger Zeit ein Bündnis zu gemeinsamer Bekämpfung der Arbeiterschaft geschlossen. Diese Abmachungen scheinen nun in Wirksamkeit zu treten. Fast zur selben Zeit, da der Zentrale Arbeitgeberverband Schwedens seine allgemeine Aussperrung beschloß, hat die Leitung der norwegischen Arbeitgebervereinigung eine Aussperrung aller Bauberufsarbeiter in Kristiania beschlossen. In der norwegischen Hauptstadt standen seit mehreren Wochen fünf Bauberufsgruppen in Konflikt mit den Unternehmern. Es gelang jedoch kürzlich, durch Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgebervereinigung und der Landesorganisation der Gewerkschaften eine Einigung zu erzielen. Obwohl nun die Arbeiter mit Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage auf Lohnhöherungen verzichteten, und obwohl die gewählten Vertreter der Unternehmer diese Abmachungen gutgeheißen haben, verfügt ihre Organisationsleitung die allgemeine Aussperrung.

Als 1906 die Unionsauflösung sich vollzog, da hegte die schwedische Unternehmerpresse zum Krieg gegen Norwegen, und die norwegische Bourgeoisie tutele auch weiblich in das patriotische Horn; die schwedischen Nordpatrioten waren mächtig aufgebracht über Dänemark, weil es ihrer Meinung nach die nordnordischen Unabhängigkeitsbestrebungen allzusehr unterstützte. Jetzt, da es den Kampf gegen die Arbeiterschaft gilt, hat man sich in holder Eintracht verbündet. Der schwedische Zentrale Arbeitgeberverband hat die dänische Arbeitgebervereinigung aufgefordert, dafür zu sorgen, daß kein schwedischer Baugewerksarbeiter in Dänemark Beschäftigung findet. Die dänische Unternehmerorganisation hat sofort alle ihre Mitglieder ersucht, danach zu handeln.

In Dänemark selbst sind große Aussperrungen beschlossen, die sich auf 3000 Arbeiter erstrecken werden. Eine Aussperrung betrifft die über 1000 Arbeiter der 7 Zementfabriken des Landes, eine zweite die Sägewerksarbeiter auf den dänischen Inseln und eine dritte das Baugewerbe in Esbjerg.

## Hus der Frauenbewegung.

### Fern vom Klassenkampf.

Der Kapitalismus sammelt in großen Fabriken und Arbeitsräumen Massen von männlichen und weiblichen Arbeitskräften. Besonders die letzteren sind ihm als billige und willige Rohstoffe höchst willkommen. Zum Entsetzen aller Unternehmer und Unternehmerfreunde löste diese Erscheinung ungewünschte Folgen aus, indem durch das Zusammenarbeiten mehr oder weniger großer Gruppen von Arbeitern beiderlei Geschlechts ein aufläuternder Geist in die proletarischen Massen fuhr. Und diese erfreuliche Begleiterscheinung des kapitalistischen Zeitalters wurde genährt von der praktischen Werbe- und Aufklärungsarbeit der kräftig erblühenden freien Gewerkschaften. Lange Jahre waren es nur die Vertreter der modernen Arbeiterbewegung, die als Pioniere der Kultur den geknechteten und entrechteten Schichten das reine Evangelium verkündeten, ungeachtet des Spottes und Hohnes, der Verfolgungen und Freiheitsstrafen, die sie trafen, leuchteten sie mit der Brandfackel der sozialistischen Lehre in das Dunkel der Unwissenheit, des Aberglaubens, des grenzenlosen Jammers, die Unterdrückten zum Kampfe, zum organisierten Widerstand gegen das rücksichtslose, moderne Raubrittertum auffordernd. Und was man bis dahin für eine „vorübergehende Erscheinung“ angesehen hatte, wuchs mit einemmale zu einer furchtbaren Gefahr für die Herrschenden und Besitzenden aus, riesengroß, wie der ungezügelte Steppenbrand sich weiterverbreitet. Das „soziale Gewissen“ erwachte, wie immer, wenn der Besitz oder die Macht in Gefahr sind.

Die Gegner rüsteten sich, eine Gegenwehr zu schaffen und die hereinbrechende Flut aufzuhalten, um diese, in ein friedlich plätscherndes Wasserchen umgewandelt, auf ihre eigenen Mühlen zu leiten. Und hierzu bedienten sie sich jener Männer, die im schroffsten Gegensatz zu ihrem großen Vorgänger, auf Seiten der Besitzenden und Herrschenden stehen. Sie gründeten konfessionelle Gewerkschaften, um die guten Schöpfungen dem Klassenkampf zu entziehen. Mit „Herz-Jesu-Vereinen“, mit frommen Traktatchen und Bibelgesprächen glaubte man die moderne Entwicklung, die mit unerschütterlicher Logik vorwärtschreitet, aufhalten zu können. Die Herren und Damen aus dem christlichen Lager, die sich früher wenig um das Elend der arbeitenden Schichten kümmerten, hüllten sich jetzt in eine Wolke von Arbeiterfreundlichkeit. Die Frauen, von der „einfachen“ Frau A. B. bis zur hochwohlgeborenen Frau Gräfin von und zu Soundso zeigen eine rührende Fürsorge für die Arbeiterinnen und mit emsigem Fleiß gründeten sie Vereine, in denen statt Kampfeslust und Klassenbewußtsein, Religiosität und widerlicher Organismus gepflegt wird. So hielt in diesem Monat der „Verband katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen“ im katholischen Vereinsbause in Berlin seinen vierten Verbandstag ab. Dem Geschäftsbericht nach ist die Zahl der Vereine auf 102 mit angeblich 22 500 Mitgliedern gestiegen. Ein Telegramm an Ihre Majestät die Kaiserin, das die „ehrfurchtsvolle Huldigung“ der Frauen und Mädchen ausdrückt und „Ihrer Majestät landesmütterliches Wohlwollen“ erbittet, ein zweites an den hochwürdigsten Herrn Fürstbischof Kardinal Kopp-Wreslau (Jesus wurde von seinen Jungern schlicht Meister genannt) und ein drittes an den Papst, in dem die Versammelten „Seiner Heiligkeit kindlichen Gehorsam“ versprechen und die „Gnade des Himmels“ erbitten, gaben dem Verbandstag sein Gepräge. Hervorgehoben wurde, daß die Beschränkungen des neuen Vereinsgesetzes für die Jugendlichen, keine Annehmungen für ihre Vereine finden, da sie nicht „politisch“ seien. Das verhinert natürlich nicht, daß die Sozialdemokratie, besonders zu Wahlzeiten, darin bekämpft wird. Die Forderungen betreffs Geschenktwurf über Arbeitskammern, Gewerbeordnungsabgabe, sowie Heimarbeit, sind fast nur ein Abklatsch der von uns schon jahrzehntelang vertretenen Forderungen. Daß aber die Heimarbeiterschaft von Seiten der Kommunen durch Zuführung von elektrischer Kraft unterstützt und den Heimarbeitern (gegen die gänzliche Beseitigung der Heimarbeit wandte sich die Referentin) durch die Erziehung des laufenden Publikums zur Konsumentenmoral“ geholfen werden soll, zeigt, mit welchen Augen die guten Leuten die wirtschaftlichen Vorgänge betrachten. Daß zum Jubiläum des Papstes eine Sammlung veranstaltet und die Summe dem „heiligen Vater“ durch eine eigene Deputation überreicht wird, ist bezeichnend für die Tätigkeit dieser „Arbeitervereine“.

## Genossinnen!

Der Allgemeine Wahlverein, der schon 5000 Mitglieder zählt, hat noch folgende Annahmestellen für Reueaufnahmen und Beitritte eingerichtet:

In 8. Kreis: Frau Knappe, Rottbuser Ufer 60. Frau Schröder, Ritterstr. 68. Frau Marquardt, Melchiorstr. 17. Frau Glöckler, Alexanderstr. 92. Frau Ziegler, Neuenburgerstr. 18a.

In 6. Kreis (Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen): Frau Donner, Ramlersfr. 10, Hof IV. Frau Fieber, Putzener Straße 15, Querg. I. Frau Gerth, Schweinminder Straße 60, Hof III. Frau Konjinski, Hufschneise 20, Hof I. Frau Damm, Braunsenstr. 146, vorn III. Frau Schmidt, Koloniestr. 42, vorn III. Frau Malow, Koloniestr. 25, I. Frau Reuböse, Goldiner Straße 68, Hof II. Frau Stechert, Koloniestr. 81, Querg. II. Frau Bollmann, Stettiner Straße 12, Seitenfl. I. Frau Ralsche, Wolgaster Straße 8, vorn I. Der Vorstand.

## Versammlungen - Veranstaltungen.

Mariendorf. Mittwoch, den 17. Juni 8 1/2 Uhr, in Marienfelde bei Oberhämid, Berliner Straße: Vortrag. Herr Emil Unger.  
Reinickendorf. Mittwoch, den 17. d. M., Versammlung bei Hoffmann, See- und Regierstrassen-Ecke: Vortrag.  
Pankow. Donnerstag, den 18. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Großfurt, Berliner Straße 27: Vortrag. „Einiges von Frey Reuter“, Genosse Regler.

## Gerichts-Zeitung.

### Hochstapler-Prozess.

Vor der I. Strafkammer des Landgerichts III begann gestern ein umfangreicher Prozeß gegen den Reichsgrafen Johann Emanuel Maria zu Arz und Wasegg und die Föderstrau Alwine Lewandowski, welche wegen zahlreicher Verbrechen, Kredithehlereien und Hochstapleien angeklagt sind. Der Eröffnungsbescheid wirkt beiden Angeklagten vor, in einer großen Reihe von Fällen bedeutende Schwindelen begangen zu haben, indem sie, teils gemeinschaftlich, teils jeder für sich, auf Wechsel und durch allerlei Vorspiegelungen bezüglich der bevorstehenden reichen Heirat des Grafen Wasegg sich riesige Summen zu verschaffen wußten. So soll sich der Graf vielfach unter Fälschung der Frau Lewandowski seiner Verbindungen mit den höchsten Kreisen in Wien gerühmt und auch ausgeprengt haben, daß er Offizier sei, eine monatliche Ration von 2400-3000 Gulden beziehe und nahe Beziehungen zum Kronprinzen und dem Prinzen Fritsch-Friedrich habe.

Nach ausgedehnter Beweisaufnahme wurde um 5 Uhr die Verhandlung auf heute früh um 9 Uhr vertagt. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

### 204 309 Mark Strafe.

Der Mühlenbesitzer und Branntweinbrenner Maucher in Schlier (Württemberg) hat seit 1902 nicht angemeldete Maßche verwendet, die Brennblase vergrößern lassen und schließlich unter der Brennerlei, im Keller verdeckt, einen geheimen Maßbehälter angelegt, der durch äußerlich nicht sichtbare Röhren mit der Brennblase usw. in Verbindung stand. Die Steuerkontrolleure hatten schon längst Verdacht geschöpft, aber erst als dem Maucher angebrochen wurde, daß ihm die Brennerlei niedergeworfen würde, gab er sein Geheimnis preis. Der im Laufe der Jahre hinterzogene Steuerbetrag wird auf 60 000 M. berechnet. Die Strafkammer in Ravensburg (Württemberg) verurteilte den Maucher wegen der Steuerdefraudation zu der Geldstrafe von 204 309 M., im Fall der Uneinbringlichkeit zu ein Jahr Gefängnis, ferner wegen Ordnungswidrigkeiten im Betriebe zu 450 Mark bzw. 30 Tagen Gefängnis. Sodann wurde gegen ihn auf Verurteilung der geheim und unterirdisch angelegten Maßbehälter, Pumpen und Röhren erkannt.

### Der D... nstahl in der Kirche.

Vor dem Schöffengericht in Rottenburg (Württemberg) fand letzter Tage eine Verhandlung statt, die einen Blick in das mittelalterliche Rastland, wie sie von der Kirche sorgsam konserviert werden. Der Pfarrer von Frommenhausen hatte sich vor den Schöffen wegen Verleumdung einer Jungfrau seiner Gemeinde zu verantworten. In der Frommenhausener Kirche wird nämlich ein Stuhl aufbewahrt, in dem diejenigen Mädchen Platz nehmen müssen, die ledig ein Kind geboren haben. An einem Sonntag domerte der Pfarrer von der Kanzel herab, ein Mädchen, das in den D... renstuhl gehöre, habe sich unter die Jungfrauen gemischt. Die Jungfrauen wurden puterrot, die Kirchlichen lüchelten, aber niemand wußte, wer jenes Mädchen wohl sei. Ein paar Tage darauf ließ der gestrenge Herr Pfarrer ein Mädchen zu sich ins Pfarrhaus kommen und herrschte sie an: „Du, Maria, Du hast doch eine Freigeburt gehabt! Warum gehst Du nicht in die Bank, wo Du hingehörst?“ Das Mädchen beteuerte hoch und heilig seine Unschuld, der Herr Pfarrer wollte es aber besser wissen. Die Eltern des Mädchens liehen die Beschuldigte beim Medizinalrat Scheff in Rottenburg untersuchen, der Arzt bezeugte, daß die Behauptung des Pfarrers total unwar ist. Die Folge war die Klage des Mädchens gegen den Ortsgemeindevorstand. Vor Gericht kam ein Vergleich zustande. Hochwürden leistete Abbitte und übernahm sämtliche Kosten des Verfahrens. Der Vergleich wird 14 Tage lang auf dem Rathaus in Frommenhausen ausgehängt. So endete die Sittlichkeitsaktion St. Hochwürden zu Frommenhausen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Schwere Unfälle bei der Arbeit.

Essen, 15. Juni. (B. G.) In der Krupp'schen Fabrik stürzte eine Panzerplatte auf zwei Arbeiter. Beide wurden hoffnungslos verletzt.

München, 15. Juni. (B. G.) Ein schwerer Unfall ereignete sich heute vormittag um 1/11 Uhr in der Akademie der bildenden Künste. Ein junger Mann der Steinbildhauerklasse namens Wagner war mit dem Reiheln eines Aktes beschäftigt und suchte dabei den Stein auf die Seite zu ziehen. Der Stein aber geriet ins Rollen und fiel dem jungen Schüler auf den Kopf. Mit einer schweren Schädelverletzung wurde der junge Mann in die Klinik gebracht.

### Dokertreil.

Toulon, 15. Juni. (B. L. W.) Infolge von Lohnstreitigkeiten sind Dokarbeiter in den Ausstand getreten. Mehrere Schiffe sind dadurch an der Ausreise verhindert. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

### Hundert Familien brotlos!

Nach, 15. Juni. (B. G.) Die Radelfabrik Vorkhagen n. Co. im benachbarten Haaren, die über 100 Arbeiter beschäftigt, ist niedergebrannt.

### Drei Tote um ein Glas Bier!

Dortmund, 15. Juni. (B. G.) Der hiesige Frauereisuhermann Rippe brachte gestern abend für sein Brauerei Bier per Automobil nach auswärts. Spät nachts zurückkehrend verlangte er in einer Wirtschaft noch Getränke. Als ihm diese verweigert wurden, geriet er mit mehreren Gästen in Streit und schob einen Fußmann und dessen Begleiter, einen Musikant, nieder. Bei dem Versuch, auf das Automobil zu springen und zu flüchten, entlud sich der letzte Schuh der Droningpistole und der Schuh drang dem Begleiter des Fuhrmanns in die Brust. Alle drei sind tödlich verletzt.



Ein „wohlmeinender Rat“ eines Innungsführers.

Gegen die Obermeister der beiden Bäderinnungen Berlins, Obermeister Schmidt von der „Concordia“ und Obermeister Milleville von der „Germania“, wurde vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I Berlin am Montag der von uns bereits angefündigte Prozeß in fast siebenstündiger Sitzung verhandelt.

Der Bäderstreit von 1907 und der aus ihm hervorgegangene Boykott gegen diejenigen Bädermeister, die die Forderungen der Gesellen nicht bewilligten, war ihnen zum Verhängnis geworden. Damals faßten die Innungsvorstände den Beschluß, daß über die Meister, die bewilligt hatten, eine Gefeßperre verhängt werden sollte.

Es hat lange gedauert, bis auf Anzeige des Bäderverbandes sowie eines der sich beleidigt fühlenden Bädermeister die Anklage zustande kam. Wiederholt, zuletzt in Nr. 137 des „Vorwärts“, ist dargelegt worden, wie gegen Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt, die keinen Grund zum Einschreiten sahen, erst das Kammergericht angerufen werden mußte, um dem dann die Erhebung der Anklage angeordnet wurde.

Die Vernehmung der Angeklagten ergab, daß in Herrn Milleville nicht der Richtige auf die Anklagebank gesetzt war. Milleville war zur Zeit des Bäderstreits krank, beteiligte sich nicht an den Maßnahmen zur Abwehr des Boykotts und überließ auch die Sorge für seine Zeitung anderen Personen.

Die Vernehmung der Angeklagten ergab, daß in Herrn Milleville nicht der Richtige auf die Anklagebank gesetzt war. Milleville war zur Zeit des Bäderstreits krank, beteiligte sich nicht an den Maßnahmen zur Abwehr des Boykotts und überließ auch die Sorge für seine Zeitung anderen Personen.

Die Vernehmung der Angeklagten ergab, daß in Herrn Milleville nicht der Richtige auf die Anklagebank gesetzt war. Milleville war zur Zeit des Bäderstreits krank, beteiligte sich nicht an den Maßnahmen zur Abwehr des Boykotts und überließ auch die Sorge für seine Zeitung anderen Personen.

Kleines feuilleton.

Defizit-Patriotismus. Der Wiener Festzug, den die Geschichtswissenschaftler in der Tat und in Anknüpfung an den österreichischen Kaiser ausrichteten, hat außer den üblichen Ohnmächten und Verletzungen — sich ist's fürs Vaterland zu sterben! — ein sehr respektables Defizit ergeben.

Zum Schaden haben die Arrangements noch den wohlverdienten Lohn. Wird ihnen doch geraten, sich mit den unbedachten Rechnungen an den Kaiser zu wenden. Das wäre in der Tat die gründlichste Satire auf diese eckelhafte, aufdringliche und künstlich fabrizierte Festmeierei, daran es uns ja in Preußen nicht fehlt, wenn die Bekehrten auch die zahlenden Opfer dieses patriotischen Sports würden.

Die Zukunftsschlacht in den Lüften. Zu der Reihe phantastischer Zukunftsbilder, die in den letzten Jahren die Welt mit Bildern besenkt haben, in denen das Schreckgespenst eines kommenden Weltkrieges mit allen Farben des Grauens ausgemalt wird, gesellt sich jetzt der Engländer Wells, der im letzten Heft des „Ball Ball Magazine“ eine abenteuerliche Schilderung der ersten Schlacht in den Lüften veröffentlicht.

Streit mit den Gesellen eine Vermittelung des Gewerbegerichts zu verhüten gesucht haben. Angeblich wollen sie von dem Einigungsamt nur deshalb nichts mehr hören, weil Herr von Schulz in der Frage der Bäckereischmuckereien Partei gegen sie ergriffen habe.

Verlesen wurden dann auf Antrag der Verteidigung eine Reihe von Kundgebungen des Bäderverbandes, die in Flugblättern oder durch das Verbandsorgan bzw. durch den „Vorwärts“ veröffentlicht worden waren. Es sollte hierdurch der Nachweis geführt werden, daß die Innungen es in der Sache der Rotwehr gegenüber dem Verband befanden, der es darauf angelegt habe, die nicht gefügigen Meister zu ruinieren.

Die Kollage, in die die „treu gebliebenen“ Innungsmeister durch den „sozialdemokratischen Bäderverband“ verpackt worden seien, wurde in noch grelleren Farben geschildert durch den Altmeister Müller von der Innung „Germania“, der im Streit mit den Gesellen die rechte Hand des Herrn Schmidt gewesen ist.

Es folgte die Vernehmung des Gewerkschaftsangehörigen Heßhold, der eine instruktive Darstellung der Streitigkeiten im Bädergewerbe aus den Jahren 1900 bis 1907 gab. Heßhold zeigte, wie die Innungsmeister es gestillt haben, wie sie die Abmachungen mit den Gesellen nicht hielten, auch nicht die bezüglich des Arbeitsnachweises, wie sie die Organisation der Gesellen zu stärken suchten, um mit ihrer Hilfe den Kampf gegen den Bäderverband wagen zu können.

Kurz, aber nicht uninteressant war die Aussage des Zeugen Florian, Vorsitzenden des Ausschusses vom Geseßfabrikat. Herr Florian bezeugte, daß die Geseßfabrikanten an die Gefeßperre eigentlich nicht herangekommen hätten, und daß er sich sehr gewundert habe, als er hinterher sehen mußte, wie sein Name ohne seine Zustimmung unter einen Beschluß gesetzt worden war.

Als Zeuge wurde schließlich auch noch der Nebenkläger Bädermeister Oberreiter vernommen. Er gab die Erklärung ab, durch jene Flugblätter der Bäderinnungen habe jeder Meister sich beleidigt fühlen müssen, der bewilligt hatte; viele Meister hätten diese Empfindung mit ihm geteilt.

Nach Schluß der Beweisaufnahme wurde vom Staatsanwalt Fiegen bezüglich Millevilles die Freisprechung beantragt. Bezüglich des Angeklagten Schmidt wurde die Anklage aus § 153 aufrecht erhalten in dem Umfange, in dem er selber sich als verantwortlich bekannt hatte.

amerikanischen Schlachtschiffe befindet sich im Stillen Ozean und die wenigen Kampfeinheiten, die den Panzer an der Ostküste zur Verfügung stehen, werden sofort ausgesandt, um die deutsche Invasion wenigstens auf kurze Zeit aufzuhalten, bis Panama und New York sich in den Verteidigungszustand gesetzt haben.

Rechtsanwalt Heinemann, der für den Nebenkläger auch nach Zurückziehung des Strafantrages wegen Verleumdung noch als Vertreter zugelassen werden mußte, weil aus § 153 der Gewerbeordnung ja auch Vermögensrechte des Nebenklägers in Frage kamen, gab die Erklärung ab, dem Nebenkläger sei die Höhe der Strafe gleichgültig.

Die Verteidiger, Rechtsanwälte Löwe und Sandberg, forderten Freisprechung auch des Angeklagten Schmidt. Dieser habe im Kampf der Innungen gegen den Bäderverband und gegen die hinter ihm stehende sozialdemokratische Bevölkerung Berlins nur einen Akt der Rotwehr begangen.

Das Gericht zog sich zur Beratung zurück, doch wurde gestern noch nicht das Urteil gesprochen. Verkündung des Urteils soll erfolgen am nächsten Montag um 12 Uhr.

Verfammlungen.

Eine gutbesuchte allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend, einberufen vom Deutschen Metallarbeiterverband, tagte am Sonntag in den „Andreas-Festsälen“.

Die demnächst stattfindende, vom Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes einberufene Berufskonferenz der Heizungsmonteur und Helfer Deutschlands betraf die nächste Punkt der Tagesordnung.

Nach lebhafter Debatte wurde die Resolution gegen vier Stimmen angenommen. Als Delegierte zur Berufskonferenz wurden Gert, Hein und Schweineberg gewählt.

Zur Berliner Tarifrage nahm Hande als Berichterstatter der Kommission das Wort und führte aus: Gemäß der Stellungnahme der letzten Mitgliederversammlung zur Kündigung des Tarifs durch die Arbeitgeber habe man diesen den Empfang der Kündigung bestätigt und sie erudt, mitzuteilen, wann die im § 90 des bestehenden Tarifs vorgeschriebenen Verhandlungen der Schlichtungskommission zur Ausarbeitung einer neuen Tarifvorlage stattfänden.

Als Zeuge wurde schließlich auch noch der Nebenkläger Bädermeister Oberreiter vernommen. Er gab die Erklärung ab, durch jene Flugblätter der Bäderinnungen habe jeder Meister sich beleidigt fühlen müssen, der bewilligt hatte; viele Meister hätten diese Empfindung mit ihm geteilt.

Als Zeuge wurde schließlich auch noch der Nebenkläger Bädermeister Oberreiter vernommen. Er gab die Erklärung ab, durch jene Flugblätter der Bäderinnungen habe jeder Meister sich beleidigt fühlen müssen, der bewilligt hatte; viele Meister hätten diese Empfindung mit ihm geteilt.

Als Zeuge wurde schließlich auch noch der Nebenkläger Bädermeister Oberreiter vernommen. Er gab die Erklärung ab, durch jene Flugblätter der Bäderinnungen habe jeder Meister sich beleidigt fühlen müssen, der bewilligt hatte; viele Meister hätten diese Empfindung mit ihm geteilt.

Als Zeuge wurde schließlich auch noch der Nebenkläger Bädermeister Oberreiter vernommen. Er gab die Erklärung ab, durch jene Flugblätter der Bäderinnungen habe jeder Meister sich beleidigt fühlen müssen, der bewilligt hatte; viele Meister hätten diese Empfindung mit ihm geteilt.

Notizen.

Ein neues Werk! Max Klingers, die überlebendste Bronzefigur eines Kämpfers in kriegerischer Stellung ist im Oberlichtsaal des Leipziger Kunstvereins ausgestellt worden.

Goethe fürs Volk. Die Goethe-Gesellschaft, die jährlich am Pfingsten in Weimar zu tagen pflegt, beschloß diesmal, einen sechsbändigen Volks-Goethe herauszugeben.

Das Lauchstädter Theater, in dem zu Goethes Zeiten die Weimarsche Truppe Sommergastspiele für die Badegäste gab — Lauchstädt war damals ein Bad von Ruf — ist renoviert und mit einer Vorstellung von Goethes „Iphigenie“ wieder eröffnet worden.

Gaston Voisier, der Nestor der französischen Historiker, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Er hat eine lange Reihe von Werken veröffentlicht, die zumeist die römische Geschichte und Kultur von der Spätzeit der Republik an behandeln.

Jules Verne soll in Amiens ein Denkmal erhalten. Wie lange lebte der borgeistliche Mensch? Mit der Frage, ob Menschen vom Typus des Neanderthalers und seiner Verwandten bis in die geschichtliche Zeit ausgedauert haben, beschäftigt sich, wie der „Möbius“ berichtet, ein polnischer Anthropologe R. Stohliwo.

Wie lange lebte der borgeistliche Mensch? Mit der Frage, ob Menschen vom Typus des Neanderthalers und seiner Verwandten bis in die geschichtliche Zeit ausgedauert haben, beschäftigt sich, wie der „Möbius“ berichtet, ein polnischer Anthropologe R. Stohliwo. In einem Kurgan bei Kowosjolka im Gouvernement Kiew ist nämlich ein Schädel gefunden worden, der in hervorragender Weise jenen von Neanderthal, Spy usw. gleicht, die als Homo primigenius und Vorläufer des Homo sapiens betrachtet werden.



der Schlichtungskommission verlangt und nochmals um Mitteilung ersucht, wenn die Schlichtungskommission zusammen-  
treten. Bisherig wäre eine abwartende Stellung einzunehmen.  
Man wolle doch mal sehen, wie weit die Unternehmer gingen. Wenn  
es zum Kampf kommen sollte, werde man seinen Mann stehen. Jetzt  
handele es sich darum, bis dahin die Agitations- und Organisations-  
arbeit kräftig weiter zu vollziehen. (Lebhafte Beifall.) Es ent-  
spann sich eine Diskussion, in der verschiedene Wünsche über die Art  
der Agitation laut wurden. In der Hauptsache sprachen sich die  
meisten Redner im Sinne Handes aus. Ein Beschluss wurde hierzu  
nicht gefasst.

#### Tarifbewegung der Dachdeckerhelfer.

Die Sektion der Dachdeckerhelfer des Bauarbeiterverbandes  
hielt am Sonntag im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung  
ab, um zur Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Da der feinerzeit  
mit den einzelnen Firmen abgeschlossene Tarif am 1. Juli dieses  
Jahres abläuft, Forderungen auf Lohnhöhung, so notwendig sie  
auch erscheinen, bei der schlechten Geschäftslage auf große Schwierig-  
keiten stoßen würden, kommt es vor allem darauf an, den alten  
Tarif durch Vertrag von Organisation zu Organisation von neuem  
erzwingen festzusetzen. Die Dachdecker, die selbst nach ihrem bis 1912  
geltenden Tarif am 1. Juli 1908 eine Lohnhöhung erhalten, haben  
sich bereit erklärt, mit dafür zu sorgen, daß den Hilfsarbeitern  
wenigstens der alte Grundlohn von 55 Pf. samt den höheren Löhnen  
von 60, 62 1/2 und 65 Pf. für Spezialarbeiten gesichert bleibt.  
Die der Meisterei Gräberitz mitteilte, haben zwischen den Ver-  
tretern der beteiligten Arbeiterorganisationen bereits Beratungen  
über ein gemeinsames Vorgehen stattgefunden und die Forderung  
auf Erhaltung der alten Lohn- und Arbeitsbedingungen ist dem  
Unternehmerverband auch schon zugestimmt worden. Der Asphaltur-  
verband hat sich aus unbekannt gebliebenen Gründen nicht an dem  
Vorgehen beteiligt.

In der Diskussion wurde betont, daß die Unternehmer eigentlich  
selbst ein großes Interesse am Abschluß eines allgemeinen Tarif-  
vertrages haben müßten, um auf diese Weise die gegenseitige Kon-  
kurrenz wenigstens einigermaßen einzuschränken. Einige Firmen  
sind darauf verfallen, blutjunge Leute, die meist nur als Gelegen-  
heitsarbeiter tätig sind, als Lohnrücker zu gebrauchen, haben aber  
davon weit mehr Schaden als Nutzen.

Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit dem Vorgehen  
der Organisationsvertreter einverstanden. Ferner wurde eine Kom-  
mission zur Ausarbeitung eines Akkordtarifs für die Trägerarbeit  
bestimmt.

Die Sektion der Staker des Zentralverbandes der Maurer  
hielt am 14. Juni im „Englischen Garten“ ihre Mitgliederver-  
sammlung ab. Die Lohnkommission gab den Bericht von den Ver-  
handlungen mit den Arbeitgebern, die aber noch zu keinem ab-  
schließenden Resultat geführt haben. Ursprünglich hatte die  
Forderung auf 70 Pf. Stundenlohn bestanden, doch wurde diese  
von den Vertretern der Arbeitnehmer im Laufe der Verhand-  
lungen auf 65 Pf. heruntorgesetzt. Die Arbeitgeber aber wollten  
über 60 Pf. nicht hinausgehen. Bezüglich der Akkordpreise be-  
stehen Differenzen von 1-2 Pf. Die Versammlung nahm eine  
Resolution entgegen, in der sie ihr Vebauern ausdrückt, daß die  
Arbeitgeber dem Abschluß eines Tarifvertrages im Stakergewerbe  
so wenig Sympathie entgegenbringen. Die Versammlung erklärt  
sich damit einverstanden, daß die Lohnkommission noch einmal den  
Versuch unternimmt, einen Tarifabschluß auf friedlichem Wege  
herbeizuführen. Andernfalls verpflichten sie sich dafür einzutreten,  
daß die Forderungen bei geeigneter Zeit zur Durchführung gebracht  
werden.

Zu gleicher Zeit tagten die Pufferträger in ihrem Lokal  
Schwedterstr. 23. Es lagen nur interne Angelegenheiten vor,  
nach deren Erledigung wurde ein Antrag, die Sonntagsfästerung  
einzuführen, angenommen.

Die Sektion der Kohrer beschloß ebenfalls die Ein-  
führung der Sonntagsfästerung. Unter Verbandsangelegenheiten  
wurde das Vorgehen einzelner Unternehmer, besonders des Unter-  
nehmers Richard Trendt, scharf kritisiert.

Im Arbeiter-Abstinenzbund, Ortsgruppe Berlin, sprach  
am Freitag Dr. med. Wegscheider über „Arzt und Alkohol“. Redner

betonte eingangs seiner Ausführungen, von einem streng wissen-  
schaftlichen Vortrag unter Zugrundelegung des üblichen An-  
schauungsmaterials absehen und mehr aus seinen persönlichen und  
praktischen Erfahrungen in dieser Frage als Arzt plaudern zu  
wollen. Der Vorteil einer abstinenter Lebensweise werde nicht nur  
vom Laienelement nicht genügend gewürdigt, auch in seinen eigenen  
Kollegenkreisen bestände noch eine große Gleichgültigkeit gegenüber  
der Alkoholfrage. Redner bespricht die Schäden, die der Alkohol-  
genuß im Gefolge hat und erklärt, daß nur die Gedankenlosigkeit,  
mit der die geistigen Getränke von allen Nichtabstinenten genossen  
werden, Schuld daran trägt, wenn die Abstinenzbewegung nicht  
schneller um sich greife. Aber auch vor den sogenannten „alkohol-  
freien“ Getränken müsse er als Arzt warnen. Erhielt seien diese  
unverhältnismäßig teuer, andererseits enthielten sie gesundheits-  
gefährliche Stoffe, so daß sie eigentlich schlimmer wirkten, als ein  
gutes Glas Bier. So enthalte z. B. die bekannte Witzbrause  
ein gefährliches Rierengift. Am besten sei Seltzerwasser  
oder einfaches Leitungswasser. Auch Zitronenwasser könne er  
empfehlen. Sportliche und wissenschaftliche Betätigung vertragen  
keinen Alkoholgenuß und wären gute Bundesgenossen gegen den  
Alkoholfeind. Nur in einigen Fällen müsse er als Arzt Alkohol  
anwenden. Einem Gewohnheitsäufer könne ohne jede gesundheit-  
liche Schädigung der Alkohol sofort entzogen werden. Alle Heil-  
anstalten müßten alkoholfrei sein. Bei einer abstinenter Lebens-  
weise nehme die Schwefelabsorption ab, man könne die Hige viel  
besser ertragen. Wolle das Deutsche Reich erfolgreich Kolonial-  
politik betreiben, so müsse es vor allem den Alkohol aus den Kolo-  
nien verbannen.

Die anschließende Diskussion ergab eine tolle Übereinstimmung  
mit dem Referate.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885 (S. 71).  
Heute abend 9 Uhr bei Lande, Stralauer Straße 86/87.

### Vermischtes.

Die Eisenbahnkatastrophe von Tremessen vor Gericht. Vor dem  
Landgericht in Tremessen begann der Prozeß wegen der furchtbaren  
Eisenbahnunglücks, das in der Nacht vom 6. zum 7. August vorigen  
Jahres insgesamt elf Opfer gefordert hatte. Die Einzelheiten der  
Katastrophe sind bekannt. Der D-Jug 52 (Erdbeben) -Thorn-Berlin,  
der außerordentlich stark beiegt war, kam in der Unglücksnacht auf der  
geraden zweigleisigen Strecke zwischen Tremessen und Enkeln etwa  
1 Kilometer vor dem Haltepunkt Thälsee entsetzt zur Ungleichung.  
Das Gleis war an der Unglücksstelle einer Ausbesserung unter-  
worfen, die Schienen waren freigelegt und konnten das Gewicht der  
schweren Wagen daher nicht tragen. Die beiden Lokomotiven, der  
Baldwagen und vier Personenwagen entgleisten. Acht Reisende  
waren sofort tot, zwei starben bald darauf, eine Frau später, so  
daß die Zahl der Opfer elf betrug. Es sind dreizehn Eisenbahn-  
beamte verschiedener Chargen angeklagt. Der Hauptangeklagte  
ist der 34jährige Eisenbahndiener Max Bajor. Ferner sind an-  
geklagt der Hilfsrottenführer Barniak, der Hilfsbahnmeister Branicki,  
die Streckenarbeiter Sommerfeld und Herzig und die Lokomotivführer  
Bargel und Liedemann. Die Angeklagten Bajor, Barniak,  
Branicki, Bargel und Liedemann werden beschuldigt, durch  
Vernachlässigung ihrer Pflicht einen Eisenbahntransport ge-  
fährdet zu haben mit dem Erfolg, daß Menschen getötet wurden.  
Die Angeklagten Sommerfeld und Herzig werde weiter beschuldigt, in jähr-  
licher Weise an dem Oberbau der Strecke Polen-Thorn durch  
Ausroffnung und Lösung von Lastenbolzen sowie durch Nicht-  
beachtung von Signalen eine Eisenbahnanlage so gefährdet zu  
haben, daß ein Eisenbahnzug dadurch in Gefahr geriet. Sämtlichen  
Angeklagten wird noch zur Last gelegt, die nötige Aufmerksamkeit  
nauer acht gelassen zu haben, zu der sie durch ihr Amt besonders ver-  
pflichtet waren. Eine weitere Kadtragslage ist im Laufe der Unter-  
suchung noch gegen den Lokomotivführer Arriegel, die Schaffner Rüge  
und Proschmann und die Hilfsbremser Polentka, Müller und Dühr  
erhoben worden, die den evakuierten Güterzug, der kurz vor dem  
D-Zuge die Unfallstelle passierte, begleiteten und die Wahrnehmung  
machten, daß die Ausbesserungsstelle nicht mehr sicher sei, die aber  
trotzdem keine Signale gaben. Es sind etwa 60 Zeugen geladen,  
fast alle Passagiere des verunglückten D-Zuges.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Kommunale Praxis“, die im Verlage der Buchhand-  
lung Borm & Co. erscheint, sind uns die Hefte 21 und 22 zugegangen.  
Die Artikel „Schulden in städtischen Volksschulen“ sowie „Bedenken über  
kleinere Gemeinden“ dürften unfernen in kleineren Gemeinden tätigen  
Genossen wünschenswerte Anregung geben.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich. Abonnementspreis  
3 M. pro Quartal.

Nr. 13 des „Süddeutschen Postillon“ ist erschienen. Das Titelbild  
„Friede“ zeigt uns, wie Dichter geübt werden. — Jentel-Teil (Schul-  
bild) trifft im Halle Eulenburg etwas zu wieder und kommt deshalb nicht  
auf seine Rechnung. — Eine Kassenbuchgesellschaft leitet den Stimmzettel  
zur preussischen Landtagswahl. — Der vertriebene Professor (Boullée). —  
Aus dem Lese- u. Lernzettel des Verlegers: Der preussische Siegern. —  
Preussische Schulbüchlein. — Aus den Tagen vor dem Schandtag. Skizze  
von G. v. Holmar. — Noch einer! (Web.). — Im Vanibon (Web.). —  
Was in der Welt vorgeht. — Stohgebet (Web.). — Der Teufel (Web.).  
Waffen und noch vieles andere. — Preis per Nummer 10 Pf. Bei be-  
ziehen durch alle Buchhandlungen und Korrespondenten sowie vom Verlag  
H. Ernst, München.

Platen, Neue Heilmethode. Heft 7-10. 60 Aufzungen a 40 Pf.  
Verlag von Bong u. Co., Berlin W. 57.

Deutsche Göttergeschichte. Der Jugend erzählt von G. Salz.  
Geb. 1.20 M. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Aus dem Notizbuch eines Berliner Krankenarztes. Von Roderich  
Reber. 188 Seiten. Verlag von R. G. Teubner, Berlin W. 57.

Dresdener Galerieführer. Von O. Schacht. 1. Heft der 10  
Heftungen. 76 Pf. Verlag von Ruden u. Co. in Dresden.

Le Témoin, Paris. Wöchentlich erscheinendes Bildblatt. 3. Jah-  
gang. Nr. 20-22. Preis der Nummer 20 Pf.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 8, zweiter  
Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10 Uhr abends bis 11 Uhr  
wöchentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Sonntags 7 Uhr  
Sonntags abends die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein  
Dank und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort  
wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

S. 40. 1. Das Geld ist Ihnen als dem Vertreter Ihrer Kinder aus-  
zugeben. Für diese ist es dann von Ihnen zu verwenden. 2. Nein, Sie  
müssen aber das Geld getrennt halten. 3. und 4. Nein. — S. 100. Nein.  
— S. 179. Sie haben Anspruch auf Schadenersatz, müssen aber nach-  
weisen, daß das Reich in gutem Zustande war. — S. 105. 1. Falls der  
Vertrag nicht etwa zum Schein geschlossen ist: nein. 2. Das Formular ist  
vorher auszufüllen. — N. P. 59. Das Verfahren entspricht dem Gesetz, falls  
nicht etwa im Statut dem entgegenstehende Vorschriften sich vorfinden sollten.

— R. S. M. S. 44. Grundsätzlich müssen wir die Empfehlung be-  
stimmter Firmen ablehnen und auf den Adressierenden verweisen. — P. G.  
Keller ja: der Birt ist im Recht. — S. 1. 100 R. 2. Sie helfen mit  
3. Die Klage würde bis zum Betrage von 500 R. durchbringen. —  
M. 29. Reber wäre im Klagenwege in Ihrem Falle nicht zu erzielen.

— O. M. 99. Innerhalb eines Jahres kann Rückforderung begehrt  
werden. Zweckmäßiger ist Weiterverrechnung. Es genügt hierfür das  
Reiben von wenigstens 20 Marken innerhalb je 2 Jahren. — S. 2. Nein.  
— Heims 23. 1. Ja. 2. Nein. 3. Die Klage ist innerhalb 6 Monaten  
nach Kenntnis von dem Schädigungsgrund auszustellen. — O. S. 15. Die  
Klage wird nicht unterbrochen. — S. 39. Reber stehen Ihnen weitere An-  
sprüche als die von Ihnen angegebenen gegen die Krankenkasse nicht zu.

Verhüten Sie es mit einem Antrag auf Invalidentaxe. — S. 3.  
Wasserkraft. Die Firma würde im Fall einer Klage nach der herr-  
schenden Rechtspraxis obliegen. — 2. Streitende Gendoff. Für  
den Fall der Bedürftigkeit verspricht das Gesetz vom Mai 1896 dem  
Beklagten eine Jahresbeihilfe von 120 R. — S. 76. 1. und 2. Nein.  
— R. S. 500. Mit dem Anspruch würden Sie schwerlich durchbringen.  
Sie würden nur das Recht haben, auf Rücknahme des Koffers zu klagen.

— Dänemark. Werden Sie sich an das hiesige Auswärtige Amt. Die  
Auskunft ist kostenlos. — S. 2. 100. Im Adressbuch Band II, Teil II,  
Seite 220 finden Sie die gewünschten Adressen. — S. R. 88. Mit  
einer Klage auf Verschuldung werden Sie nicht durchbringen. Die  
Anzahlung der Firma sollte Sie zu größerer Vorsicht veranlassen.

— M. S. 12. 1. Nein, die Klage müßte innerhalb sechs Monaten nach  
Kenntnis angestrengt sein. 2. Das ist möglich, die Verantwortung hängt  
von den einzelnen Umständen ab. — Alter Abonnent. Werden Sie sich  
persönlich an das Patentamt, Gitschinerstraße. Dort wird Ihnen gewissen-  
hafter Rat erteilt. Die Anzugsgebühren betragen 20 R. — S. 2. 76.  
1. und 2. Die Beiträge sind verschieden, nach der Unfallhöhe und nach  
der Gefahr. Die alljährlichen Ueberzahlungen über die Rechnungser-  
gebnisse der Berufsgenossenschaften lassen für die einzelnen Berufs-  
genossenschaften erkennen, wie viel durchschnittlich gezahlt wird. 3. Rebr.  
N. 23. Der preussische Minister erhält 86 000 R. Gehalt und freie Dienst-  
wohnung.

Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, den 16. Juni.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Lammhauer.  
(Anfang 7 Uhr.)  
Königl. Schauspielhaus. Hamlet.  
Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Die Verrückten.  
Kammerstücke. Jugendwörter.  
Unterbrechung.  
Festung. Der Raub der Sabine-  
tinnen.  
Reich. Richte Hampt. - Klub.  
Schäp.  
Neues Schauspielhaus. Die  
Dollarsparngesin.  
Kleinod. 2 x 2 = 5.  
Berliner. Kaffee.  
Stomische Oper. Heland.  
Zustückhaus. Die blaue Maus.  
Schiller O. (Wallner - Opern.)  
Die Amerikaner.  
Schiller Charlottenburg. Ohne  
Geld.  
Friedrich - Wilhelmstadt. Schan-  
diehaus. Der ungläubige  
Thomas.  
Thalia. Der Selbstmörderklub.  
Wohelu. Ein Balgstrom.  
Neues Operetten. Der Mann mit  
den drei Frauen.  
Luisen. Die Stimme des Blutes.  
Trianon. Frau Baronin.  
Derhard Weie. Am Altar.  
Metropol. Das muß man seh'n.  
Höhe. Die süßen Orffellen. Spe-  
zialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Wagner. Spezialitäten.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Wolkohla. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Säger.  
Hrona. Landstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr: Die deutsche Diffe-  
renz.

Eternwarte, Invalidenstr. 67/68.

### Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:  
Hofjournale Erben  
Kleines Theater.  
Abends 8 Uhr:  
2 mal 2 = 5.  
Mittwoch: 2 mal 2 = 5.  
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.  
Freitag: 2 mal 2 = 5.  
Sonntag: 2 mal 2 = 5.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
(Moriow-Cyber.)  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Die Afrikanerin.  
Große Oper in 5 Akten von  
Giacomo Meyerbeer.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Der Freischütz.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Carmen.

### Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:  
Ein Walzertraum.  
Operette von Oscar Strauß.

### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Der ungläubige Thomas.  
Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch: Der ungläubige Thomas.  
Donnerstag: Der ungläubige Thomas.  
Freitag: Im weißen Röhl.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:  
Die blaue Maus.

### Neues Operetten-Theater

Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.  
Sommerpreise. Anfang 8 Uhr:  
Der Mann mit den drei Frauen.

### Luisen-Theater.

Reichenberger Straße 31.  
Abends 8 Uhr:  
Die Stimme des Blutes.

Mittwoch: Die Stimme des Blutes.  
Donnerstag: Am Goldband.  
Freitag: Die Stimme des Blutes.  
Sonntag: Die Stimme des Blutes.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Hütten-  
besitzer. Abends: Die Stimme des  
Blutes.  
Montag: Goldband.

### Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/77, direkt Ringbahn-Station.  
Bequeme Fahrgelassenheit nach allen Stadtrichtungen.  
Ob schön! Kommen! Sehen! Stammen! Ob Regen!  
Täglich: 365  
Das größte u. beste Programm Berlins.  
Für Attraktionen, u. a.: Zum erstenmal in Europa:  
Das größte Weltstück des Erdballs! Von der gesamten amerif.  
Presse als d. größte Weltwunder bezeichnet: The great Simpson.  
Der Beschützer des Todes. Ein begabter Selbstmordmörder!  
Gr. Ball. Kaffeeische. Volksschauspielen aller Art.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 43/49.  
Abends 8 Uhr:  
Die deutsche Ostseeküste.

### ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich:  
Gr. Militär-Doppel-Konzert  
Eintritt 1 M.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren  
— die Hälfte.

### Apollon Theater

Ab 8 Uhr: Die neuen Attraktionen.  
9 1/2 Uhr: Die süßen Grisetten.  
10 1/2. Wiener Festzug  
anlässlich d. Jubiläums Sr. Maj-  
des Kaisers von Oesterreich.  
10 1/2. Der Bernhards Compagnie:  
Ein Abend in einem ameri-  
kanischen Eigel-Tangel.

**Santa Lucia**  
Kraft-Rotwein  
Kauflich in Apotheken, Drogen- u. Kolonial-Geschäften.  
Fl. 150 u. 200  
Häufig wird die Frage an uns gerichtet, wann und wieviel Santa Lucia Kraft-Rotwein der der Stärkung Bedürftige trinken soll? - Antwort: 1/2 Stund vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2. Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je 1/2 Glas Santa Lucia genossen, wirkt wunderbar heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

### DERHARD ROSE THEATER

St. Anhalterstr. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Am Altar.  
Bühnenmalde in 4 Akten von  
Paul Stamerreich.  
Bühnenpreis.

### WINTERGARTEN

Neues Programm  
von Publikum u. Presse glänzend  
beurteilt.

The Trapnell-Family, weib-  
liche Akrobaten. Florence u.  
Lillian, musik. Produkt. Rebla,  
komischer Jongleur. Lily Flex-  
more, akrobatische Tänzerin.  
Alle Juliette, dressierte See-  
löwen. Tan Kwai Troupe,  
Chinesen. Theresie Rens, Reit-  
nummer. Doherty Sisters,  
amer. Sägerinnen u. Tänzerinnen.  
The Sounding Gordons,  
amer. Akrobat. Ferry Corwey,  
musik. Clown. Trombettas,  
italienisches Gesangs- und Tans-  
Duett. Der Biograph.

### Reichshallen-Theater.

Stettiner Säger.  
Varietéslerne.  
Burlische von Reges.  
Meysel als  
Saharet.  
Britton als  
Isadora Duncan.  
Anf. Buchenlang 6 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

### Passage-Theater.

Der größte  
Saisonenerfolg  
Gastspiel Willi Agoston in der  
tollen Burlesko

### Berlin in Stimmung!

Das Tollste vom Tollen  
und die  
neuen Juni-Spezialitäten.

### Metropol-Theater

Sum 209. Male:  
Das muß man seh'n.  
Renne in 12 Bildern u. Gef. und Tanz.  
Anfang 8 Uhr. Nauchen gefaltet.

### Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree.  
Der Riese  
aller Riesen  
Pisjakoff.  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

### Walhalla- Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.  
Spezialitätenvorst. im Garten.  
Bei festl. Bitterung i. Theater.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Anfang d. Gartenkonzerts 5 Uhr.  
Kleine Preise.

### Brunnen-Theater

Badstr. 68. Direkt: Willi Volgt.  
Täglich:  
Der deutsche Michel.  
Erstklassige Spezialitäten.  
Karl Brunen, Vermarktungs-Künstler.  
Mirlz v. Wenzl, Tischlermeister.  
Paul Coradini.  
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 5 Uhr.  
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

### Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Die Welt ein Paradies  
große Ausstattungs-Roues  
und das großartige  
Spezialitäten-Programm.  
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.

### Volksgarten-Theater

am Bahnhof Gesundbrunnen.  
Täglich:  
1001 Nacht.  
Riesen-Spezialitäten-Programm.  
Olga Vordl. X. Fritz Laumann.  
Anfang 4 Uhr.



### W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill, Blumenstr. 16  
Großer durchschlagender Erfolg:  
der 21 Nummern des neuen Progr.  
abends 7, 10 Uhr:

Das ehrliche Berlin.  
Staffel 3. Auf. 6 Uhr. Entr. 30 Pf.  
Sonntags 20. Juni: Dr. Gira-  
Vorstellung: Er muß auf Land  
oder: Der lustige Gemann.

### Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.  
Täglich:  
**Spreelottchen.**  
Vollständig aus dem Berliner Leben.  
Dazu  
erfolgreiche Spezialitäten.  
Im Saale von 6 Uhr ab:  
**Tanz.**

**Schweizer Garten.**  
Am Königsplatz, Am Friedrichshain 20/22  
Straßenbahn: 1, 2, 4, 17, 59, 62,  
63, 74 und Q.  
Täglich: Theater-  
u. Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Zum Schluss abends 10 Uhr:  
**Wie einst im Mai**  
Vollständig mit Gesang in 2 Akten.

### Neue Welt

Damenstraße 106-114.  
Täglich:  
**Gr. Doppel-Konzert**  
und  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Mittwoch:  
**Großes Kinderfest.**  
Gentilsperlofung, Bombentregen,  
Puppentheater, Kinderfesteigung.  
Jeden Donnerstag:  
**Elite-Tag.**  
**Monster-Feuerwerk.**

### Ostbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert,**  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung.

### Max Kliems

Sommer-Theater.  
Hasenheide 13-15.  
Kritik. Leitung: Bernhard Lange.  
Donnerstag, den 18. Juni:  
**Einmaliges Gastspiel**  
von  
**Margarete Walkotte.**  
Hohe  
**Provision**

denjenigen, welcher mir für meine  
Sachverhalte im Osten Berlins, circa  
2000 Meter, sichere Mieter zuführt.  
Offerten unter O. T. 500 Rudolf  
Mosse, Vetersburger Str. 2. 187/90\*

### Engelhardt-Malzbier

das beliebteste,  
überall käuflich.  
Preis 10 Pf. pro Flasche.  
2490L\*

### Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

### Manoli Abbas

Beste 3 Pfg.  
Clare te

### H. Pfau, Bandagist

Jetzt: Direksenstraße 20  
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und  
Goldgrabenbrunn. — Amt VII, 13799.  
Für Damen weibliche Bedienung.  
Lieferant für alle Krankenkassen.

### Hygienische

Bedarfsartikel,  
Gummiwaren, 10000 Anerk.  
V. Prof. u. Aerst empf., bill.  
Apoth. S. Schweitzer's Fab.  
hyg. Präp., Berlin O., Holz-  
marktstr. 69-70. Preisl. gratis.

### Rote + Lotterie

zugunsten des Ostseehelms.  
5793 Gewinne i. W. v. Mark

**150000**  
Hauptgewinn Mark  
**50000**

Lose à Mark 3.30.  
**Stettiner Lose**  
à 50 Pf. — 11 Lose 5 M.

**Oscar Bräuer & Co. Nachf.,**  
Andreasstr. 46a, Ecke Wilmersstr.

### Bestes Teilzahl-Geschäft

für **Brennabor-Räder!**  
Kein Laden!  
Günstigste  
Bedingungen.  
Berlin SO.,  
Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

### Hygienische

Bedarfsartikel, Neues Katalog  
in Romf. viel. Ausrüst. Prof. grat. u. d.  
H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92

### H. & P. Uder, Berlin SO. 10,

Engel-Afer 5.  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3201L\*

**Echte dänische Schleifen** 5 Pf.  
Verkauf.  
**Allerfeinste Qualität!**  
**Unübertroffener Geschmack!**

### Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Wunden auf 10 W. Anwendung frei.  
Ohne Zweifel die beste u. wirksamste Salbe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indisches  
Ganzextrakt.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße. Groß-  
Apothek., Bernauerstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stutt-  
gart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 110/1\*

### Ein Triumph

der  
Zigaretten-Fabrikation!  
**Selowsky's**  
**Caruso**  
Zigaretten  
nur **3 Pf.**  
per Stück!

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.  
Telephon: Amt 4. 4093. Bureau: Engel-Afer 15, Zimmer 53.

Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 Uhr,  
in  
**Kellers Festsälen, Koppenstr. 29**  
**Generalversammlung**

aller zum Zweigverein gehörenden Zahlstellen und Sektionen.  
Tagesordnung:

1. Rapport vom ersten Quartal 1908.
2. Aufstellung von Kandidaten zur Delegiertenwahl zum Verbandstag.
3. Anträge zum Verbandstag.
4. Gewerkschaftliches.

Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Zweigvereinsvorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Hof I. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 2. Hof III. Amt 3, 1967.

Mittwoch, den 17. Juni 1908,  
abends 8 Uhr:  
**Bezirks-Versammlungen**

für die gesamte Verwaltungsstelle  
in folgenden Lokalen:

- Osten: Bei Litfin, Remeler Str. 67.
- Rummelsburg-Bogehagen-Stralau: Bei Tempel, III. Bogehagen 56.
- Süden: Im Gewerkschaftshaus, Engel-Afer 15, großer Saal.
- Nixdorf: Bei Goppe, Nixdorf, Hermannstr. 49.
- Westen und Schöneberg: Bei Bühlke, Dammstr. 12.
- Charlottenburg: Im Volkshaus, Rosinenstr. 2.
- Moabit: In der Kronenbrauerei, III-Moabit 49/50.
- Norden: In der Volkbrauerei, Chausseestr. 64.
- Nordost: Im Brunnen-Theater, Badstr. 58.
- Tegel: Bei Trapp, Gohlfeldstr. 1.
- Oberschöneberg: Haffelwerder, Haffelwerder Straße.
- Steglitz u. Umgebung: Im Dickentwäldchen, Gr.-Mühlstraße, Chausseestraße.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Diskussion.
3. Die Bedeutung der Konjunktionsgesellschaften für die Arbeiter.

Referenten: Ed. Bernstein, Dr. Bruno Borchardt, Karl Giebel, Paul Göhre, Fr. Götter, Heitschold, Hildebrandt, F. Hahn, C. Hücke, C. Schubart, H. Schumacher und A. Störmer.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
117/19 Die Ortsverwaltung.

## Steinarbeiter.

Berlin I.  
Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, in der „Lebens-  
quelle“, Kommandantenstr. 20:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Robert Fendel über:  
„Was lehren uns die Landtagswahlen?“  
2. Gewerkschaftliches. 171/19\*

Mitgliedsbuch legitimiert!  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Nixdorf.  
Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, bei Thiel,  
Bergstraße 151-152:

### Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Bericht vom Verbandstag. 2. Verbandsangelegenheiten.  
55/14 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.  
Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer,  
Koppenstraße 29:

### Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Branchen und Bezirke.  
Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Stellungnahme zur  
Arbeitsvermittlung. — Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.  
55/18 Die Ortsverwaltung.

## Jalousiearbeiter.

Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Voelter,  
Biederstraße 17:

### Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Obmanns und der Kommission. 2. Ver-  
bandsangelegenheiten. 3. Branchenangelegenheiten.

## Fabrik-Arbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin, Amienstr. 215.  
**Achtung!**  
Die Bezirksversammlungen für Juni fallen mit  
Ausnahme von Spandau, Rummelsburg und  
Nord-West aus!  
63/20 Die Ortsverwaltung.

Am 13. Juni verstarb plötzlich  
mein lieber Mann, der Buchbinder

### Gustav Uhr

nach kurzer Krankheit. 20843  
Die trauernde Witwe Martha Uhr.  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, nachmittags 6 Uhr, von  
der Leichenhalle des neuen Jerusa-  
lemer Kirchhofes in Nixdorf,  
Hermannstraße, aus statt.

### Sozialdemokratischer Wahlverein

für d.  
**2. Berliner Reichstagswahlkreis**  
(30. Wahlbezirk)  
Am Sonntag, den 13. Juni,  
verstarb unser liebes Mitglied,  
der Buchbinder

### Gustav Uhr.

Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 16. Juni, nach-  
mittags 6 Uhr, von der Leichen-  
halle des Jerusalemer Kirchhofes,  
Nixdorf, Hermannstraße 84-90,  
aus statt.  
211/2 Der Vorstand.

Am Sonntag, den 13. Juni,  
starb unser lieber Kollege,  
der Schriftsetzer (Anwalts)

### August Schramm

im 67. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken werden  
sich bewahren 26335  
Die Kollegen  
des Norddeutschen Buchdruckerel.

Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 16. Juni, abends  
7 Uhr, auf dem Lufas-Kirchhofe  
in Brigg, Tempelhofer Weg, statt.

### Dankagung.

Allen lieben Verwandten, Freunden  
und Bekannten, besonders den  
Kollegen der Firma Bolzant sagen  
wir für die liebevolle Teilnahme  
unserer teuren entlassenen Mutter  
unseren herzlichsten Dank.  
Karl Böhm nebst Kindern.

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Mozartplatz,  
10-2-5-7. Sonntags 10-12-2-4.

### Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 25292\*  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.  
Von der Welle zurück. 13978

### Augenarzt Dr. Max Maschke,

Prinzenstr. 42.  
Blumen- und Kranzbinderei  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.

### Erben gesucht!

Die Kinder der verstorbenen Catho-  
line Pöggendorf, geb. Watenhoff,  
namens Albertine, Eva, Marie,  
Julius und Adolf, werden auf-  
gefordert, sich zwecks Empfangnahme  
der Erbschaft aus dem Preussischen  
Nachlass bei dem kgl. Amtsgericht zu  
Steglitz, Ostpreußen, zu melden.  
Gebirgen, den 29. Mai 1908.  
Johann Casprien, Bfeger.

### Es empfiehlt sich

bei eintretendem Trauerfall  
möglichst sofort  
**Westmanns**  
**Trauermagazin**

Hauptgeschäft:  
Berlin W., Mohrenstraße 37a,  
an den Kolonnen, 2. Haus  
von der Jerusalemerstraße, und  
NO., Gr. Frankfurterstr. 118.  
2. Haus von der Andreasstraße,  
zwecks Auswahl h. passender  
Trauergeräthe anzusehen.

Um dem Publikum einen be-  
sonderen Vorteil zu bieten, ge-  
währe ich auf diese Angelegen-  
heit hin bei Kauf  
**10 % Rabatt in bar!**

### Deutschlands

größtes Spezialgeschäft  
**Bettfedern**

Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe  
**Gustav Lustig**  
BERLIN S., 390 Prinzenstr. 46

verleiht geg. Nachnahme garantiert  
neu und gut enthaltene, gut füllende  
Bettfedern à 1/2 D. 0.15-1.00-1.25;  
prima Halbbaunen 1.75; Gänse-  
federn 2.00; prima weiße  
Gänsehaldbaunen 2.50-3.00-3.50  
echt ohne Monopolbaunen  
2.25, echt russisch, Wata-  
der-Gänsebaunen 3.50  
Von den Taunen erhalten 3-4 D.  
aus groß. Oberbet. — Gänsefedern  
(1. Reihen) 0.60 per Stück; Gänse-  
schlafschiffen, wie sie von der Welt  
sind, mit allen Taunen 1.50.  
Proben und Preisliste gratis. Um-  
tausch oder Rücksendung gestattet.  
Herstellung vollständig.

Rechtjähriger Umsatz über 2000  
Zentner Bettfedern, von Felicitas  
gmeiner Witten u. Welt-  
federngeschäft erreicht.







Der Zahlabend für Groß-Berlin findet heute abend statt.

Die Abgeordnetenwahl in Berlin

wird heute vollzogen werden. Den Wahlmännern sind vom Magistrat bezügl. von den Wahlvorstehern Legitimationen ausgehändigt worden, die am Eingang des Wahllokals vorgezeigt werden müssen; auch die zweite Mitteilung des Wahlkommissars mit dem Hinweis, daß von 9-7 Uhr gewählt wird, ist mitzubringen.

In den übrigen 9 Landtagswahlkreisen findet Freiwahl statt; die Wahlmänner können also während der Wahlzeit von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends ihre Stimmen abgeben. Wer es irgend ermöglichen kann, gehe so zeitig wie möglich und erfülle seine von den Urwählern ihm übertragenen Verpflichtungen.

Die Wahlhandlung ist genau so öffentlich wie die Urwahl. Die Wahlmänner müssen öffentlich zu Protokoll geben, wem sie ihre Stimme geben wollen. Es kandidieren für die einzelnen Kreise:

Table with 2 columns: Name and District. Includes Hermann Schubert (Berlin I), Herm. Müller (Partei Vorstand) (II), Fritz Ebert (III), Max Gruwald (IV), Hermann Borgmann (V), Hugo Heimann (VI), Paul Dirsch (VII), Paul Singer (VIII), Heinrich Ströbel (IX), Georg Ledebour (X), Dr. Karl Liebknecht (XI), Adolf Hoffmann (XII), Otto Weis (Nizdorf-Schöneberg), Fritz Hietich (Charlottenburg), Arthur Stadthagen, Bernhard Bruns, Max Jacobsen (Ober- und Nieder-Barnim).

Für Teltow-Land ist nach dem am Sonntag mitgeteilten Beschluß des Zentralwahlkomitees zu verfahren, nach dem in erster Reihe der Name Eduard Bernstein genannt wird und in zweiter Reihe der Name des von den Sozialliberalen nominierte Kandidat.

Magistratsbüros wird mitgeteilt, daß sämtlichen Wahlmännern amtliche Einladungsschreiben für die am Dienstag, den 16. d. M. stattfindenden Abgeordnetenwahlen zugegangen, die am Eingang der bekanntgegebenen Wahllokale vorzuzeigen sind. Sollte ein Wahlmann aus Versehen oder durch Zufall keine solche amtliche Einladung erhalten haben, dann genügt eine andere Legitimation und die genaue Angabe des Urwahlbezirks, in dem der Wahlmann gewählt worden ist. Bei der großen Zahl von Wahlmännern ist es dringendes Erfordernis, daß in solchen Fällen der Wahlmann genaue Angaben macht, um die Wahlhandlung nicht aufzuhalten, denn zur Stimmausgabe eines jeden Wahlmannes sind nur Sekunden berechnet.

Das Zentral-Bureau für den Landtagswahlkreis Schöneberg-Nizdorf und den Landkreis Wilmerdorf-Teltow-Beetzow-Storkow befindet sich am heutigen Tage bei Rehndt, Gasenheide 9, Tel.: Amt 4, Nr. 9246.

Die Abgeordnetenwahl in Ober- und Niederbarnim findet, wie wir bereits mitteilten, in fünf Gruppen statt. In der nach Eberswalde einberufenen Gruppe beginnt die Wahl um 10 1/2, in den nach Vorpommern-Rummelsburg, Vichtenberg, Panow und Reimisdorf geladenen Gruppen um 11 Uhr. Da Terminwahl stattfindet, ist pünktliches Erscheinen der Wahlmänner dringend erforderlich. Um Stimmenzerstreuung zu vermeiden, achte man bei der Abgabe der Stimmen genau auf die von den Kreisen festgesetzte Reihenfolge. Danach ist an erster Stelle Arthur Stadthagen, an zweiter Bernhard Bruns, an dritter Max Jacobsen zu nennen.

Die Wahlmänner der Gruppe I wählen heute vormittag um 11 Uhr in Rummelsburg, Restaurant „Café Bellevue“, Hauptstr. 2. Unsere Wahlmänner werden bezügl. Feststellung wie Orientierung über die Wahlhandlung dringend ersucht, zu einer Vorbereidung im Saale von Schiefer, Rummelsburg, Hauptstr. 4, pünktlich und vollzählig heute um 10 Uhr vormittags erscheinen zu wollen.

Der Wahlleiter der Gruppe I.

Partei-Angelegenheiten.

Die Genossen des fünften Landtagswahlkreises erfahren die Resultate der heutigen Abgeordnetenwahl bei Paul Hoffmann, Doppelnerstraße 47 und Emil Schulz, Forsterstraße 17.

Das Wahlkomitee.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Wir bringen den Genossen nochmals in Erinnerung, daß heute der Zahlabend stattfindet, und zwar in allen Wahllokalen.

Orauenburg. Der Junizahlabend findet am heutigen Dienstag in den bekannten Wahllokalen statt.

Ableshof. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der diesmalige Zahlabend heute, Dienstag, den 16. Juni, stattfindet, und gleichzeitig in den Wahllokalen die Bekanntgabe der Wahl der Abgeordneten zum Landtage stattfindet. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt.

Weissensee. Heute, Dienstag abend, in allen Bezirken Zahlabend. Anlässlich des Halbjahreschlusses werden die Genossen ersucht, nach Möglichkeit bis dahin die Beiträge zu entrichten und noch etwa ausstehende Listen usw. abzurechnen. Es erfolgt auch Bekanntgabe des Resultats der Landtagswahlen.

Wris-Budam. Die Vereinderammlung findet heute abend 8 1/2 Uhr im Landhaus, Chausseestraße 97, statt. Tagesordnung: 1. Was lehren uns die preussischen Landtagswahlen? Referent

Genosse Dittmer. 2. Diskussion. 3. Verlesung des Resultats der Landtagswahl. 4. Verschiedenes.

Reinickendorf-West. Achtung, Parteigenossen! Heute, Dienstag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr findet bei Otto, Berliner Straße, ein kombinierter Zahlabend statt. Beiträge werden wie an gewöhnlichen Zahlabenden von den Bezirksführern entgegengenommen. Besonders werden säumige Zahler ersucht, ihre Bücher zum Halbjahreschluss in Ordnung zu bringen.

Erkner. Am Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 Uhr, findet die Versammlung des Wahlvereins im Lokale von Dogebrod statt. Tagesordnung: 1. Die Landtagswahlen 1908. 2. Wahl eines Delegierten zum nächsten Verbandstag. 3. Vereinsangelegenheiten. Außerdem werden die Genossen, welche noch SammelListen in Händen haben, gebeten, dieselben umgehend beim Genossen R. Reimann abzurechnen.

Rummelsburg. Heute, Dienstag, findet in allen Bezirken Zahlabend statt. Am Donnerstag, den 18. d. M., findet über den ganzen Ort von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Rönigs-Wusterhausen, Wilbau, Hoherlehme, Deutsch-Wusterhausen und Niederlehme. Die Parteigenossen dieser Orte werden hiermit auf den heute, Dienstag, abends 8 Uhr, in den Wahllokalen stattfindenden Zahlabend aufmerksam gemacht.

Nieder-Schöneweide. Der Zahlabend findet heute Dienstag, den 16. d. M., abends 8 Uhr, beim Genossen Hiescher, Berliner und Pennstraße- Ecke, für alle drei Bezirke gemeinsam statt. Die Resultate der heutigen Landtagswahl werden bekannt gegeben.

Mariensfelde. Den Genossen zur Nachricht, daß der Zahlabend heute Dienstag bei Berger, Dorfstraße, stattfindet.

Sichwalde, Zeuthen, Niersdorf. Der Zahlabend findet heute, Dienstag, abends 8 Uhr, statt in Sichwalde bei Witte, in Zeuthen bei Bier und in Zeuthen in dem neu zur Verfügung stehenden Lokale „Restaurant zur Dorfau“ (Zugl. Lindenmann). Die SammelListen zur Landtagswahl bitten wir abzurechnen. Die Resultate der heutigen Landtagswahlen werden, soweit möglich, bekannt gegeben. Die Bezirksführer.

Schöneberg. Parteigenossen! Die Wahlergebnisse werden in den heute abend stattfindenden Zahlabenden bekannt gegeben.

Wilmerdorf-Palensee. Den Genossen zur Kenntnis, daß die Bezirke 1-8 gemeinsam bei Bonzet, Kurfürstendamm 128, die Bezirke 6 und 7 bei Herzog, Kankestraße und die Bezirke 13 und 16 bei Reiche, Biederstr. 9 ihren Zahlabend abhalten. Alle übrigen Bezirke in den bekannten Lokalen. Der Vorstand.

Treptow-Baumgartenweg. Der 1. Bezirk hält Umstände halber seinen Zahlabend heute abend im Restaurant Zur Rennbahn ab. Die übrigen Bezirke tagen in ihren bisherigen Lokalen.

Spandau. Morgen, Mittwoch, Zahlabend. Der 4. Bezirk hält seinen Zahlabend gemeinsam bei Gottwald, Schönwalder Straße 80 ab. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Achtung!

Die Resultate der Abgeordnetenwahlen Groß-Berlins können, soweit solche nicht schon bekannt sein sollten, am heutigen Abend von 8 1/2 Uhr an, in der Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69, erster Hof links, in Empfang genommen werden.

Der Aktionsauschuss.

Der Kaiser und die Tunnelprojekte der Großen Berliner.

Der Hofbericht vom Sonnabend meldet: „Der Kaiser traf gestern von Dberbith kommend in Berlin ein. Von 8 Uhr ab hörte er im Schloß die Vorträge des Ministers des Innern v. Rolffe, des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg v. Trott zu Solz, des Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Prestenbach, des Polizeipräsidenten v. Stubenrauch und des Stellvertreters des Chefs des Kabinetts Geheimrat v. Eichenhardt-Rothe und empfing um 5 1/2 Uhr den Oberbürgermeister Rirschner von Berlin.“

Wie später bekannt geworden, hat es sich bei den Audienzen um Erörterung der Streitfragen zwischen der Stadt Berlin und der Straßenbahn gehandelt. Einem Mitarbeiter des „Berl. Tageblatt“ gegenüber hat sich der Oberbürgermeister Rirschner geäußert:

„In Gegenwart des Ministers des Innern, des Eisenbahnministers, des Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten empfing mich am Nachmittag der Kaiser im kaiserlichen Schloß. Das Thema der Audienz bildeten ausschließlich alle zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn schwebenden Streitfragen. Es wurde eine volle Stunde lang über diese Gegenstände eingehend und sachlich verhandelt. In welcher Weise sich der Kaiser zu den einzelnen Fragen geäußert hat, kann ich nicht sagen; doch darf ich wohl das eine erklären, daß der Kaiser gegenüber der Stadt Berlin eine durchaus wohlwollende Haltung eingenommen hat. Ueber das Ergebnis der Audienz werde ich zunächst den städtischen Behörden Bericht erstatten; bis dahin bedauere ich, mich über den Ausgang der Audienz nicht äußern zu können.“

Was hier der Herr Oberbürgermeister von der durchaus wohlwollenden Haltung des Kaisers gegenüber der Stadt Berlin sagt, berührt uns etwas sonderbar; bisher war im Verein mit den Aufsichtsbehörden nicht viel davon zu bemerken. Wir vermögen auch heute noch nicht recht daran zu glauben. Auf dieses Wohlwollen pochte ja bisher immer die Große Berliner, indem sie glaubte, in Rücksicht auf die ihr von „Oben“ zuteil werdende Förderung die Stadt Berlin einfach beiseite schieben und ihr alles bieten zu können.

Uebrigens ein Beitrag zu der Frage der städtischen Selbstverwaltung, daß Kommunen von dem Wohlwollen der Krone abhängig sind.

Die Abstimmung über die Einführung des Kautschuk-Ladenschlusses in Berlin und den fünf Städten Charlottenburg, Schöneberg, Wilmerdorf, Nizdorf und Vichtenberg beginnt am nächsten Mittwoch, den 17. d. M., und wird am 30. Juni geschlossen. Seitens des Polizeipräsidenten sind den nahezu 45 000 Inhabern offener Ladengeschäfte in dem in Betracht kommenden Gebiet während der letzten Tage Aufforderungsposkarten zugesandt worden, worin mitgeteilt wird, wo sich für den einzelnen die Abstimmungsstelle befindet.

Offentlich wird bei der diesmaligen Abstimmung die zur Einführung des Kautschuk-Ladenschlusses notwendige Zahl erreicht.

Vacat.

Welche eigenartigen Blüten die Maßnahmen der Wahlvorstände zeitigen können, zeigt der 79. Urwahlbezirk (Friedrich-Wilhelm-Straße, v. d. Hehdstraße). Dort vermeldet der amtliche Bericht im Gemeindeblatt als Wahlmänner dritter Abteilung „vacat“, das heißt also: „fehlt“. War denn niemand von den 194 Wahlberechtigten zur Wahl erschienen? Keineswegs. Es wählten 88 Wahlberechtigte. Von den freisinnigen Kandidaten erhielt einer 84, der andere 31, von den sozialdemokratischen Kandidaten einer 20, der andere 19, von den konservativen Kandidaten einer 14, der andere 12 Stimmen. Es hätte also Stichwahl zwischen den freisinnigen und sozialdemokratischen Kandidaten stattfinden müssen. Diese ist aber — aus welchem Grunde war nicht zu ermitteln — unterblieben. Deshalb verzeichnet der amtliche Bericht lakonisch: vacat.

Balancen in städtischen Heimstätten. Wie das Kuratorium im letzten Gemeindeblatt mitteilt, sind zurzeit noch in den Anstalten für Brustkranke Männer: in Sätergoy (Kreis Teltow) 15 und in Buch (Mark) 26 Betten frei. Von der Aufnahme ausgeschlossenen sind Epileptische, Syphilitische, Alkoholiker und Schwere Kranke. Formulare zum ärztlichen Attest werden kostenfrei im Aufnahmebüro: Neue Friedrichstraße 9/10, vom 2 Tr. verabfolgt. — In Blankenburg, Blankensfelde und Waldhoy, sämtlich für Frauen, und in Heinersdorf (Kreis Teltow) für Männer ist zurzeit kein Bett frei.

Ungültige Leuerungszulagen. Großes Aufsehen erregt in Charlottenburger Stadterordneten- und Lehrerkreisen die Tatsache, daß die Regierung in Potsdam die weitere Zahlung der Leuerungszulagen an die Charlottenburger Lehrer für ungültig erklärt hat. Der Magistrat hat den Stadterordneten die Mitteilung zugehen lassen, daß die Regierung in Potsdam für die Gewährung von Leuerungszulagen an Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen der Gemeindeschulen und der Bürgermädchenschule ihre Genehmigung in Anspruch genommen, die ohne diese erfolgte Zahlung für ungültig erklärt und einen Bericht gefordert hat. Der Magistrat bemerkt hierzu: „Wir werden hiernach sofort die Genehmigung der Regierung zur Zahlung der Leuerungszulagen an die Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen der Gemeindeschulen nachträglich nachsuchen, um die Anrechnung der Zulagen auf die spätere Gehaltsrevision gemäß dem Gemeindebeschlusse sicherzustellen. Bis zum Eingang der Genehmigung der Regierung müssen wir die weiteren Zahlungen der Leuerungszulagen vom 1. Juli ab wieder einstellen.“

Die Regierung ist doch zu gütig; sie verlangt gestagt zu werden, ob die Stadt Charlottenburg ihre eigenen Gelder an die Lehrer auszahlen darf.

In der Angelegenheit des neuesten Schülerelstermordes stehen sich nunmehr die Angaben des Schuldirektors Dr. Marcuse und des Vaters des Toten, Herrn Stender aus Friedenau, so vollständig widersprechend gegenüber, daß eine volle Aufklärung kaum zu erwarten ist. Der Vater betont immer wieder nachdrücklich, daß der Direktor von einem Einfluß des Vorfalles auf das Abiturientenexamen gesprochen und damit den Sohn zu seinem unfeligen Entschluß gedrängt habe. Der Direktor weiß dagegen alle Schuld von sich und hat am Sonnabend sogar zu dem eigenartigen Mittel gegriffen, sein Verhalten in der Tragödie vor den in der Aula versammelten Schülern der Oberklassen gewissermaßen zu rechtfertigen und zu verteidigen. Wie heißt es doch im Sprichwort? Qui s'excuse, s'accuse — wer sich entschuldigt, klagt sich an! Geschmachvoll war diese „Verabrede“ in der Aula sicher nicht. Sie spricht vielmehr für ein ziemlich selbstherrliches, zu raschen und nicht immer wohlüberlegten Entschlüssen neigendes Temperament des Herrn Direktors. Haben Sie sich schon mal Frank Wedekinds Kinder-Tragödie „Frühlingsgewoden“ angesehen, lebend auf der Bühne angesehen, Herr Dr. Marcuse? Nein? Na, dann holen Sie das schnellst nach. Da gibt's für moderne Schulmänner viel dran zu lernen.

Recht bemerkenswert ist es, daß der Vater während seiner eingehenden Aussprache mit dem Sohne diesem den Vorschlag machte, die Entscheidung dem zuständigen Provinzialschulrat als Vorgesetzten des Direktors persönlich zu unterbreiten. Der Sohn wehrte indes traurig ab. Diese Stellungnahme des Jünglings ist äußerst bezeichnend. Sie verrät die Kenntnis aller begabten Schüler der Oberklassen, daß der Herr Schulrat zwar allmächtig ist und sogar von dem Direktor wie von allen Lehrern geradezu gefürchtet wird, daß er aber niemals einem sich beschwerenden Schüler gegenüber dem Direktor sein Recht zugestehen wird. Der Schüler muß eben, sofern sich an ihm nur ein flüchtiger Unrecht nachweisen läßt, stets mehr oder minder gemahregelt werden, damit das Ansehen der Schule und selbstverständlich vor allem der in Betracht kommenden Lehrer nicht in geringsten leidet. Schön, der Grundsatz hat gerade bei der Schule etwas für sich. Disziplin muß sein, und Strafe ist ein notwendiges Uebel. Aber es gibt goldene Mittelwege, auf denen unter einsichtiger, wohlwollender Führung beide Teile zu ihrem Rechte kommen. Deshalb hätte der Vater den schweren Gang zum Provinzialschulrat immerhin wagen sollen. Es wäre vielleicht erreicht worden, daß die Angelegenheit einen weniger tragischen Ausgang nahm. Man konnte beispielsweise, ohne beiden Teilen im mindesten zu schaden, den vor dem Examen stehenden jungen Mann einfach einer anderen höheren Lehranstalt überweisen, in einer Form, daß dieser Wechsel nicht den Stempel einer Maßregelung an sich trug. Wie uns von einem genauen Kenner der inneren Verhältnisse auf dem auch für Berlin zuständigen Brandenburgischen Provinzial-Schulkollegium versichert wird, ist man indes auch hier zu solchem, einem Unglück vorbeugenden Schritte nicht leicht geneigt. Wohl nicht die Autorität der Schule untergraben — lieber kann ein Menschenleben draufgehen! Es ist der niederdrückende Wüstentwind, der vom erleuchteten Ministerium des Geistes bis weit hinein in die untersten Befehlshaberstellen des preussischen Schulwesens weht und kein freies Menschentum auskommen lassen will.

Die neue städtische Straßenbahn.

Rur wenige Tage noch und das Berliner Straßenbild wird um eine neue Verkehrsgelegenheit bereichert sein. Die Inbetriebnahme der ersten von der Stadt Berlin selbst geschaffenen Straßenbahn steht unmittelbar bevor. Nur eine wenige Meter lange Schienenstrecke an der Kreuzung der Schönhauser Allee ist noch notwendig und der Betrieb wird sofort aufgenommen werden können. Allerdings in der geplanten ganzen Ausdehnung der ersten der Nordlinien vom Ballenplatz bis zum Birchom-Krankenhaus kann noch nicht gefahren werden; hieran fehlen zunächst die Strecken Ballenplatz-Petersburger Straße-Ecke Landsberger Allee, wo durch den Einspruch der Großen



**Berliner und der Polizeibehörde kein zweiter Bahnkörper neben dem der „Großen Berliner“ gelegt werden dürfte, trotzdem die Straße bekanntlich zwei breite Fahrspuren nebst Mittelpromenade hat. Die vom Polizeipräsidenten anempfohlene Einigung mit der Stadt über die Straßen Berlins beherzigenden „Großen“ zwecks Mitbenutzung deren Gleise in der Petersburger Straße ist bekanntlich nicht zustande gekommen. Ein weiteres Stück dieser ersten der Nordlinien stellt ferner noch Beddingplatz durch die Selterstraße über den Nordhafen hinweg bis zur Ecke der Fenn- und Zegeler Straße; von hier ab ist wieder alles fertig. In der engen Selterstraße sind noch umfangreiche Bürgerregulierungsarbeiten, bevor die begonnene Gleisüberlegung vollständig zu Ende geführt werden kann. Durch Anlegung verschiedener Weichen hat man sich aber geholfen. Zunächst kann der Betrieb zwischen Beddingplatz und Landsberger Allee (Ecke Elbinger Straße) aufgenommen werden. Damit ist eine Verkehrslinie geschaffen, die sich, was ihre Ausdehnung anbelangt, den längsten bestehenden gleichwertig anreihen wird. Die neue Bahn durchfährt einen sehr großen Teil der nördlichen Peripherie Berlins und die anliegenden Straßenteile dürften damit dem Verkehrszentrum der Großstadt bedeutend nähergerückt werden. Gewiß ist es richtig, daß ein sehr erheblicher Teil der Selterstraße durch recht spärlich bebauete und lückenhaft behaute Straßenzüge führt, indes mit der älteren städtischen Straßenbahn, die nach Pankow-Rieber-Schönhausen führt, war es anfangs auch nicht anders. Wer damals bei deren Eröffnung z. B. durch die Bringen-Allee und Bollansstraße, Kreuzstraße usw. ging, schätzte bedenklich ob der Rentabilität der Bahn den Kopf, heute denkt er sicher anders.**

Der neue städtische Straßenbahnhof liegt draußen an der Anipröderstraße, es sind nur noch einige kleine Bauarbeiten zu vollenden, unterdessen kann aber der Betrieb aufgenommen werden. Der Bahnhof befindet sich in nächster Nähe der Automobilfeuerwache in der Schönlanter Straße und gibt mit seinen langgestreckten Wagenhallen, Werkstätten und sonstigen Bauwerken, alles in roten Backsteinen ausgeführt, und mit dem Rasenwald der Oberleitung in der noch fast ganz unbauten Gegend inmitten eines ausgedehnten Laubenterrains ein recht angenehmes Bild mit farbenreichem Holort. Aus dem Bahnhof heraus geht die Straße südlich zunächst nur bis zur Landsberger Allee (Ecke Elbinger und Petersburgerstraße), etwa 5 Minuten entfernt vom Eingang zum städtischen Schlachthof an der Nordringstation Landsberger Allee. Nach Norden zu führt uns die Straßenbahn am Friedrichshain, am sogenannten Neuen Gaim (mitten drin das städtische Krankenhaus) vorüber, durch die Elbinger Straße, über die Greifswalder Straße hinweg nach der Danziger Straße. Hier hatte die Stadt gleich bei der Regulierung dieses einstigen Laubenterrains den Bahnkörper auf der Südseite der Promenadenstraße mit verlegen lassen, so daß diesem nur die Fortführung notwendig wurde, die aber an der Kreuzung mit der Prenzlauer Allee nach Norden hinüber geführt werden mußte, weil die Südseite bis zur Weihenburger Straße als Haltestelle verschiedener ihrer Linien von der „Großen“ bereits besetzt war. Auf diesem Wege sind wir an der Gasanstalt Danziger Straße, am städtischen Kühl für Obdachlose und Seehausen vorbeigekommen, nur getrennt durch eine der unheimlichen städtischen Paradiesgärten und Lagerplätze von Baumaterialien. Wir kreuzen nun die Schönhauser und Pappelallee, durchfahren die Eberwalder Straße am Exerzierplatz mit der einsamen Pappel und kommen, am ehemaligen Nordbahnhof vorbeigehend, in die Bernauer Straße hinein. An der Ecke Streiber Straße teilt sich die Linie und der Weg führt uns geradeaus am Lazarus-Krankenhaus und Sophienkirchhof vorbei nach der Gartenstraße hinunter zum Sietziner Bahnhof in der Invalidentstraße, dann links die Vorpostenstraße hinein bis zum Endpunkt an der Elbinger Straße. Von der Abzweigung an der Ecke der Streiber Straße geht die Nordlinie durch das „elektrische Viertel“, die Watt- und Voltstraße, an der neuesten Hingburg der „Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft“ und den „Berliner Elektrizitätswerken“ vorbei zur Panower Straße in der Hustenstraße. Gegenüber dem Humboldtbad beginnt die interessante Berg- und Talstraße. Es geht durch die steile Grenzstraße, auf dem Gipfel der Grenzstraße die „Große“ kreuzend, hinab zur Schulendorferstraße, durch diese zu dem verkehrsreichen Beddingplatz, hier vorläufig endend an der Ecke der Selterstraße mit der großen und ältesten Berliner Gasanstalt. Später geht der Weg über den Nordhafen und die Fennstraße hinweg, durch die Zegeler und Trifflstraße bis zum Rudolf-Wirchow-Krankenhaus, zu dem wir aus der Trifflstraße heraus in einer großen Schleife um den Augustenburger Platz gelangen.

Der Weg von der ersten Beschlussfassung, eigene Bahnen zu bauen, bis zur Eröffnung der ersten städtischen Straßenbahn war ein wahrer Leidensweg. Viel Mühe, Arbeit und Ausdauer hat es gekostet, bis dieses Ziel erreicht worden ist. Leider ist die Stadt noch nicht am Ende des Martyriums angelangt. Fortgesetzt hat sich die städtische Verwaltung gerade auf dem Gebiete des Verkehrs wesens neuer Eingriffe in ihre Rechte zu erwehren und beim Bau eigener Bahnen mit Schwierigkeiten zu rechnen, die mit dem Wohlwollen, das der privaten Erwerbsgesellschaft der „Großen Berliner“ entgegengebracht wird, in großem Gegensatz stehen. Ob in Zukunft das klare Recht der Stadt oder die Macht der „Großen Berliner“ Sieger bleiben wird, muß abgewartet werden.

**Eine neue Freibankordnung für den Gemeindebezirk Berlin** ist vom Magistrat angenommen worden und liegt jetzt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vor. Die Abweichungen bestehen darin, daß nunmehr auch Fleisch, das außerhalb des Freibankbezirktes amtlich untersucht worden ist, bedingt tauglich oder minderwertig ist, zur Freibank hier zugelassen ist, und zwar nach einer Anweisung des Oberpräsidenten, wonach die von dem zuständigen Minister genehmigte Rasterordnung als Anhalt für die Berliner Freibankordnung gelten soll. In Zukunft kann minderwertiges Fleisch, das außerhalb ununtersucht ist, von der Berliner Freibank nur zurückgewiesen werden, wenn ein Verbot im Interesse der Aufrechterhaltung eines ordnungsmäßigen Betriebes der Freibank geboten ist. Der Magistrat ist mit dem Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes der Ansicht, daß der Betrieb der Freibank einem Unternehmer — kurzgefasst es die Schlachthofversicherung vereinigt — Viehkommissionäre — zu übertragen ist. Die neue Freibankordnung soll sofort nach erfolgter Genehmigung in Kraft treten.

**Von den städtischen Mieselfeldern.** 555000 M. hat der Magistrat Berlin für Neubauten auf den Mieselfeldern bewilligt, die zum großen Teil zur Aufnahme von 200 Rindkühen, 100 Zuchtsauen, Mastschweinen usw. dienen sollen. Immer energischer wird jetzt von Seiten der städtischen Mieselfeldverwaltung an die Züchtung und Haltung von Rindvieh und Schweinen, deren Mast usw. herangetreten. Um keine großen Verluste bei Seuchen zu haben wird von der Verwaltung der Grundbesitz verfolgt, möglichst zu dezentralisieren, d. h. das Vieh wird getrennt gehalten und kommt auf die Weide. Das Jungvieh kommt nicht mit dem Mastvieh und dieses nicht mit dem Zuchtvieh zusammen. Die Seuchengefahr wird dadurch bedeutend verringert.

**Sierichn Boote gelenkt — vier Personen ertrunken.** Zahlreiche Unglücksfälle sind am letzten Sonntag auf den Gewässern der Umgebung Berlins vorgekommen. Bei denen nach den bisherigen Meldungen vier Personen ihren Tod gefunden haben sollen. Die Mehrzahl der Unfälle ereignete sich auf den Gewässern der Oberspree und Dahme. Auf der letzteren kenterte in der Nähe von Zeuthen ein mit drei Personen besetztes Ruderboot. Von den Insassen wurden zwei gerettet, während der dritte ertrank. — Auf dem Seddinersee schlugen in der vierten Nachmittagsstunde zwei Segelboote mit zusammen sieben Insassen um. Sechs derselben wurden gerettet, während der siebente angeblich ertrunken ist. — In der sechsten Abendstunde kenterten auf dem Müggelsee fast gleichzeitig zwei Segelboote und ein Kielboot. Die Insassen wurden von der Besatzung der Rettungsstation in Siedersee gerettet. — Auf dem Langen See schlug um 2 Uhr nachmittags ein Kahn, in dem sich zwei Personen

befanden, auf der Spree in der Nähe von Zappert's Waldschlößchen und gegenüber dem Eierhäuschen zwei Boote um. Auch hier wurden die Verunglückten glücklich gerettet. — Einen ebenso glücklichen Verlauf nahm ein Unfall auf der Havel bei Heiligensee. Dort wurde durch einen heftigen Windstoß ein Segelschiff, in dem sich drei Damen und ein Herr befanden, umgerissen. — Bei Spandau, sowie bei Gatow kenterte je ein Ruderboot. In den letztgenannten drei Fällen wurden die Insassen der betreffenden Fahrzeuge durch die Besatzung von in der Nähe befindlichen Dampfern gerettet. — Auch auf dem Caputer See soll ein Segelboot umgeschlagen sein, dessen Insassen, ein Herr und eine Dame, ertrunken sind.

Auf dem Müggelsee kenterte abends gegen 6 Uhr ein dem Ruderverein „Vorwärts“ gehöriges, mit fünf Personen besetztes Boot infolge des um diese Zeit kräftig einsetzenden Windes. Sämtliche fünf Insassen fielen ins Wasser, davon wurden vier von dem Rettungsdampfer der Station Mahndorf gerettet, während der fünfte, Otto Becker, in den Fluten verschwand, er ist ertrunken. Seine Leiche ist noch nicht aufgefunden worden.

**Zu der Einsturzkatastrofe auf dem Anhalter Güterbahnhofe,** über die wir in unserer Sonntagsnummer berichteten, wird noch berichtet: Auf der betreffenden Baustelle war eine Grube ausgegraben, um darin Fundamentarbeiten vorzunehmen. Dabei war man auf einen viersseitigen Gully gestoßen, in welchen ein Rohr einmündet, an dem der Rohrleger eine Reparatur auszuführen hatte. Die Grube war etwa 3 Meter tief und das Arbeiten darin ohne Abstützung gegen den Gully gefährlich, da Erschütterungen durch Fußbetriebe erfolgten. Das Absteigen war nun vom Maurerpoller angeordnet, vom aufsteigenden Bahnmehrer aber unterlag worden, jedenfalls aus Sparfühlensrückichten. Darüber war es nun zwischen Maurerpoller und Bahnmehrer zu Differenzen gekommen. Der Bahnmehrer erklärte, den Poller samt seinen Beuten fortzuschicken, wenn gegen seine Bestimmungen gehandelt werde. Trotzdem hatte der Maurerpoller dem Rohrleger geraten, die Reparaturarbeit, welche an der unteren Seite des Rohres vorzunehmen war und weshalb noch tiefer ausgegraben werden mußte, ohne Abstützung nicht auszuführen. Dessen ungeachtet machte sich aber der Rohrleger an die gefährliche Arbeit und buddelte noch selbst die hinderliche Erde weg. Während er so unter dem Rohr sich zu schaffen machte, kippte die eine Seite des Gullys oder einen Teil desselben ab und das Unglück war geschehen. Der Rohrleger und ein Bauarbeiter lagen unter dem eingestürzten Mauerwerk und dem Erdreich. Zur schnellen Hilfe wurde auch die Feuerwehr gerufen, welche nun die Verunglückten herausholten mußte. Der Bauarbeiter war bereits tot, der Rohrleger hat schwere Verletzungen erhalten. Als das Unglück geschehen war und der Sachverhalt polizeilich aufgenommen wurde, suchte sich der Bahnmehrer damit zu entschuldigen, daß man seine Bestimmungen doch nicht hätte wörtlich zu nehmen brauchen.

**Ueber den Abbruch des Fiskus Baus und seinen Wiederaufbau** an einer Stelle, als die schon das freie Gelände an der Ecke der Wagazin- und Alexanderstraße bezeichnet wurde, waren vor einiger Zeit Gerüchte im Umlauf. Tatsächlich soll seit längerer Zeit ein Projekt bestehen, das sich mit der anderweitigen Bebauung des dem Fiskus gehörigen Fiskusgrundstücks an der kleinen Präsidentenstraße beschäftigt. Hierbei sollen nicht ausschließlich Gründe ökonomischer Natur mitgesprochen, die darin zu suchen wären, daß das eigenartige Fiskusgebäude mit seinem architektonisch nicht gerade übermäßig schönen Baustil für der hervorragenden Umgebung, insbesondere zu dem Zwanzigmillionendomb, keine würdige Folie mehr abgibt. Man will sogar wissen, daß in dieser Beziehung von hoher Stelle Worte des Mißfallens laut geworden seien. Es ist jedoch verfrüht, an eine baldige Verwirklichung solcher staatlichen Baupläne zu denken. Sobald der Fiskus das gesamte Grundstück zwischen Spree, Stadtbahn und Kleiner Präsidentenstraße für eigene Zwecke unerlässlich braucht, würde das eine einheitliche Neubebauung bedeuten. Diese scheint schon deshalb vorläufig in weitere Ferne gerückt zu sein, weil das feuerfällige Grundstück an der Straßenfront, in der sich augenblicklich nur das königliche Hauptsteueramt für die Stempelsteuer befindet, erst kürzlich von Grund aus renoviert worden ist. Voraussetzlich wird also der Fiskus Baus noch verschiedene Jahre an der alten Stelle seine Pforten öffnen.

**Eine Hebamme flehentlich verfolgt.** In der Kochstr. 41 wohnt seit drei Jahren die 38 Jahre alte Hebamme Witwe Anna Wähle mit einer 11jährigen Tochter. Die Frau hatte eine ausgedehnte Praxis. Sie beschränkte sich aber nicht auf die Ausübung ihres Berufes, sondern leistete auch gewerblich Hilfe, die durch § 219 des Strafgesetzbuchs mit Zuchthaus bedroht ist. Die Todesfälle zweier Frauen, die Frau Wähle behandelt hatte, brachten jüngst das Treiben ans Licht. Als die Polizei die Hebamme verhaften wollte, war sie mit ihrer Tochter verschwunden. Sie wird jetzt vom Untersuchungsrichter beim Landgericht I flehentlich verfolgt.

**Kabelbrand und Verkehrsstockung.** Eine große Verkehrsstockung im Straßenbahnbetriebe gab es in der Nacht zum Montag im Südwesten der Stadt. Sie wurde verursacht durch einen Kabelbrand, der in der Zentrale Mauerstraße entstanden war. Gleich nach Mitternacht fanden plötzlich alle Linien, die von den Speisepunkten 8, 9, 10, 11, 12, 74 und 83 Strom erhalten, still. Das Störungsgebiet erstreckte sich auf die Leipziger, Mauer-, Charlotten-, Friedrich-, Belle-Alliance-, Post-, Kapbach-, Kreuzberg-, Königgräber-, Koch- und Lindenstraße. Auch die Wagen nach Mariendorf waren stromlos. Erst um 1 Uhr konnten einzelne Wagen wieder verkehren. Die Linien der Speisepunkte 10 und 11 nahmen den Betrieb erst nach 1/2 Uhr auf.

**Verunglückt.** Der 38 Jahre alte Schiffseigner Karl Marsch aus Hamburg, der mit seinem beladenen Frachtkahn in Klein-Blumende an der Mündung des Teltowkanals liegt, fiel gestern nachmittag unbeachtet auf bisher unausgeklärte Weise ins Wasser. Als man nach 2. suchte, konnte man nur noch seine Leiche bergen, welche bis zur Beschlagnahme liegen bleibt.

**Klinkensperper übten letzten Sonnabend in der Behm- und Waldner Straße (Schönhauser Viertel) ihr langjähriges Handwerk aus.** Am hellen Nachmittage entfernten sie die Klinen der Haushalten. Hausbewohner und Kinder, die zusahen, hielten die dreisten Diebe für Schloffer, die in irgend jemandes Auftrag eine Reparatur vornahmen.

**Feuer in der französischen Botschaft alarmierte am Montagnachmittag die Feuerwehr nach dem Pariser Platz 5.** Balken und anderes brannten dort. Gleichzeitig mußte Michaelstraße 23a, Ecke Brandenburger Ufer ein großer Dachstuhlbrand gelöscht werden, der der Kompanie viel Arbeit verursachte. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Es liegt vorläufige Brandursache vor.

**Zwei große Dachstuhlbrände beschäftigten die Charlottenburger und Berliner Feuerwehr am Sonntag in der Pestalozzistraße 94 und Urbanstr. 48.** An der ersten Stelle wurde die Gefahr erst bemerkt, als gegen 1/2 Uhr früh plötzlich helle Flammen durch das Dach des Vorderhauses schlugen. Auf mehrfachen Alarm hin waren bald zwei Löschzüge der Charlottenburger Wehr zur Stelle. Es gelang, den gefährdeten Seitenflügel zu schützen. Nach einstündiger Löschfähigkeit war die Gefahr beseitigt. Der Dachstuhl des Vorderhauses ist zum größten Teil vernichtet. Erst in der vierten Morgenstunde konnte die Feuerwehr abrücken. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist noch nichts festgestellt, doch wird Brandstiftung vermutet. — In der Urbanstr. 48 wurden die Dachstuhl des Vorderhauses und Seitenflügels eingeschert. Während der Löscharbeiten mußten Rauchschuttlappen angewendet werden.

**Gesperrt wird die Breslauer Straße von der Holzmarktstraße bis zur Andreasstraße (einschl. Kreuzdamm) behufs Asphaltierung** vom 13. d. M. ab; desgleichen die Göttschiner Straße vom Halleschen Tor

bis zur Alten Jakobstraße bezw. Sedan-Ufer behufs Asphaltierung und Ausführung von Kanalisationsarbeiten vom 15. d. M. ab.

**Orgelkonzert.** Mittwoch, den 17. Juni, 7 1/2—8 1/2 Uhr, veranstaltet der Königl. Musikdirektor Bernh. Jergang in der St. Marien-Kirche das vorletzte Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fel. Janta Major (Sopr.), Fel. Julia Michaels (Alt), Herrn Agl. Kammermusiker Hans Diebel (Violine) und Herrn Leo Jelenka-Veranda (Gitarre). U. a. Orgelkompositionen von Bach, Roulaert u. d. Burg-Clert, 23. Psalm von Liszt für Sopran, Gitarre und Orgel. Eintritt ist frei.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigsdorf.

Die Parteigenossen werden gebeten, davon Notig zu nehmen, daß die Parteipedition, Reckstr. 2, am heutigen Tage geschlossen ist.

### Reinickendorf.

**Parteigenossen! Gewerkschaftsmitglieder!** Am Freitag, den 28. Juni 1908 finden am hiesigen Orte die Wahlen der Gewerkegerichtsbeisitzer statt. Die Wahlen erfolgen diesmal in 8 Bezirken. Zu wählen sind im 1. Bezirk 2 Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmer. Im 2. Bezirk 1 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer und im 3. Bezirk 1 Arbeitgeber. Die Wahlzeit ist nachmittags von 3—4 Uhr für Arbeitgeber und von 4—7 Uhr für Arbeitnehmer festgesetzt. Die Genossen am Orte werden ersucht, recht eifrig für die Kandidatenliste der freien Gewerkschaften zu agitieren. Alle Anfragen sind an den Vorsitzenden Franz Otto, Neptunstr. 29 zu richten. Die Gewerkschafts-Unterkommission.

### Wahlsdorf a. d. Ostbahn.

Ein imposanter Zug war es, der unserer auf so jähe Weise aus dem Leben geschiedenen Genossen Truppe am Sonntag das letzte Geleit gab. Ein derartiges Begräbnis hatte wohl Wahlsdorf noch nie erlebt. Leider hatte es der Verstorbene verabsäumt, in Konsequenz der bei Lebzeiten von ihm vertretenen Ansichten seinen Austritt aus der Landesstraße zu vollziehen, und es war deshalb von den Angehörigen der Herr Pastor bestellt worden, welcher mit der bekannten Tolozanz der christlichen Gotteswortverkünder sein Hauptaugenmerk darauf richten zu müssen glaubte, daß er das Betreten des bis dato „unentweichten“ Wahlsdorfer Kirchhofes mit roten Kränzen verhindern würde. Als die Genossen nun die ihres Schmudes beraubten Kränze unter Hinweis auf die Spender niederlegten, fiel ihnen der eifrige Herr, wohl eingedenk des Spruches: Liebet Eure Feinde, segnet, die Euch fluchen usw., in die Arme und suchte sie, natürlich ohne Erfolg, an der Erfüllung ihrer Freundschaftspflicht zu hindern. Ein Appell an den gleichfalls anwesenden Genossen wurde von diesem, der wohl mit den Wesen besser vertraut ist, mit Schlüsselzuden beantwortet. Daß dieses Verhalten des Gottesmannes auf das Trauergefolge einen äußerst unwilligen Eindruck machte, versteht sich wohl von selbst und wird manchen veranlassen, mit einer Religion, der er innerlich schon längst nicht mehr angehört, auch äußerlich zu brechen. Stimmungsvoll beeinflusst wurde die Trauerfeier von den Gesängen des hiesigen Arbeitergesangsvereins. Aus der großen Zahl der Kränze sind die der Wahlvereine Wahlsdorf und Friedrichsfelde sowie der organisierten Frauen, des Arbeitergesangsvereins und der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Wahlsdorfs hervorzuheben.

### Trebbin (Kreis Teltow).

**Essentielle Stadtverordnetenversammlung vom 11. Juni 1908.** Es hatten sich ganze 8 Herren eingefunden, so daß die Versammlung gerade beschlußfähig war. Zur Verhandlung kam nochmals die Beschlussfassung über den Erwerb eines zum Schulhausbau geeigneten Platzes. Seit 11 Jahren ist die Stadt nun schon auf der Suche nach geeigneten Plätzen. Hat nun der Magistrat mit vieler Mühe etwas ausfindig gemacht und bearbeitet, so scheidet es immer wieder an der Klappe der ablehnenden Stadtverordneten. Die Untersuchung des Baugrundes des vorliegenden Projektes ergab auch kein besonders günstiges Resultat. Nach einigem Hin und Her wurde der Antrag des Magistrats abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit bedauerte der Stadtverordnete Geunert wiederholt, daß der Stadt die 20000 M.-Schenkung verloren gegangen sei. Die 20000 M. scheinen den Herren schwer im Magen zu liegen. Herr Stadtd. Göbe schien einen guten Tag zu haben, denn er erlobte sich, um in Arbeiterfreundlichkeit zu machen. Er ersuchte den Magistrat um Schaffung einer — wenigstens provisorischen — Badegelegenheit. Er führte aus, den Gesellen, die im Schweiß ihres Angesichts den ganzen Tag arbeiten müssen, möge man, da wir augenblicklich keine Badeanstalt besäßen, Gelegenheit geben, an einer bestimmten Stelle unentgeltlich baden zu dürfen; auch für Niederlegung der Sachen möge man Sorge tragen, damit nicht, wie jetzt, Unbekannte die Sachen unter den Arm nehmen und damit verschwinden. Herr Bürgermeister Daudach erklärte, daß die Verhandlungen mit dem Ruder-Schwerverband noch nicht beendet seien, jedoch soll, wenn irgend möglich, eine provisorische Badegelegenheit geschaffen werden. Die Versammlung beschließt dann eine Deputation zur Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes an Herrn Polizeipräsidenten v. Stubenrauch zu entsenden, bestehend aus zwei Herren vom Magistrat und den Herren Vorsteher Rathnow und Stadtd. Schottmüller.

### Gosen.

**Vom Terrorismus der Sozialdemokratie** fasseln in diesen Tagen fortgesetzt unsere Gegner. Und wenn wir ihre Handlungen näher betrachten, stellt sich fast immer heraus, daß es neben Beförden gerade sie selber sind, die nach Gerausluft ihnen nicht genehme Personen in der schamhaftesten Weise terrorisieren. Dafür ein Beispiel. In Gosen wohnt der Gastwirt Wiesmann, der sein Lokal zu allen Versammlungen hergibt und den „Vorwärts“ auslegt. Wiesmann ist Geschäftsmann und muß sehen, wie er am besten durchkommt, um seinen Verpflichtungen gegen Staat und Familie nachzukommen. Er schenkt sein Bier an alle aus, die zu ihm kommen, die Befürnung der Leute ist ihm gleichgültig. Und da er hörte, daß der Arbeiter- und Landwehrverein ein Fest feiern wollte, bezwang er sich beim Gemeindevorsteher um die Erlaubnis, auf dem Festplatz auszuschenken zu dürfen. Dieser aber, Herr Zaeger, wies ihn ab mit der Bemerkung, daß nur sein — Herrn Zaegers — Sohn, der gar nicht im Orte wohnt, diese Erlaubnis bekäme. W. gab sich damit nicht zufrieden und nahm Rücksprache mit dem Amtsvorsteher in Neu-Zittau. Dieser Herr hatte nicht die geringsten Bedenken dagegen. Auf ein an den Landrat von Reeslow gerichteten Gesuch erhielt W. die Genehmigung zum Ausshank. Das verdroß natürlich den Herrn Gemeindevorsteher Zaeger recht sehr und er begab sich persönlich zum Landrat, nachdem er schon vorher in einer Unterredung Herrn W. erklärt hatte: „Da in Ihrem Lokal der „Vorwärts“ ausliegt, können Sie die Erlaubnis nicht bekommen.“ Das Ergebnis des Besuchs des Herrn Gemeindevorstehers beim Landrat war, daß Herr W. die zum Ausshank auf dem Festplatz bereits erteilte Genehmigung wieder zurückgegeben wurde, obwohl die übrigen Gosenener Gastwirte, die inzwischen ebenfalls vorstellig geworden waren, diese Erlaubnis erhielten.

Dieses Verfahren dem Gastwirt W. gegenüber ist um so mehr zu beurteilen, als aus öffentlichen Mitteln zu dem Feste 50 M. bewilligt worden waren.

**Antilicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig; Preise für Kalb- und Schweinefleisch nachgebend. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft etwas reger, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise gut, in Gänfen nachgebend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich reger, Preise fest.